

VENRO

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.



Zivilgesellschaft & Entwicklung 2006



Zivilgesellschaft & Entwicklung 2006

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Tel.: 0228/ 9 46 77-0

Fax: 0228/ 9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

REDAKTION

Dirk Bange, Dr. Ulla Mikota, Uli Post

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Schreibweise: Die in dieser Publikation verwendete
Bezeichnungen wie Bürger, Migranten, Experten,
Mitarbeiter, Leser schließen die jeweilige feminine
Form ausdrücklich mit ein, auch wenn sie aus
Gründen der besseren Lesbarkeit nicht extra
geschrieben wurde.

Fotos: Verhoeve/laif (Titel, S. 2-3, S. 4-5), Kava-
Design (S. 6-8, S. 9-10, S. 40-42), EC/ECHO/François
Goemans (S. 11-13), Caritas Österreich (S. 11
unten), Forum Umwelt & Entwicklung (S. 14-16, S.
14 unten), VENRO/Bildschön (S. 17 unten, S. 17-
19), UNAIDS (S. 20 unten), Aktionsbündnis gegen
AIDS (S. 20-22), VENRO/Rüdiger Dunker (S. 23-25),
CIVICUS (S. 23 unten), Brot für die Welt (S. 26, S. 26
unten, S. 31 rechts), Vereinte Nationen/Jamie Squire,
Getty Images (S. 27-29), Right to Play
(S. 27 unten), Deutscher Olympischer Sportbund
(S. 30-32, S. 31 unten), Fair Play – Fair Life (S. 33-35,
S. 33 unten), Gerechtigkeit jetzt!/Markus Lokai
(S. 36-39), Susanne Mittendorf/Aktionsbündnis
gegen AIDS (S. 37 unten), NGO-IDEAs/Ralf Tepel
(S. 43-45, S. 43 unten), medica mondiale (S. 46-47),
Bill Lyons/Deutsche Welthungerhilfe (S. 46 unten),
Ursula Meissner/Deutsche Welthungerhilfe
(S. 48-50)

Layout: KAVA-Design, Irmgard Hofmann, Bonn
www.kava-design.de

Druck: Druckerei Engelhardt, Eisenerzstraße 26,
53819 Neunkirchen

Gedruckt auf 100 Prozent Altpapier (RecyMago
matt) mit dem Umweltzeichen Blauer Engel

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspoliti-
scher Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm
gehören rund 100 deutsche NRO an, die als Träger
der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammen-
arbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspoliti-
schen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyar-
beit tätig sind.

Nachdruck nur mit Genehmigung
des Herausgebers

Erscheinungsdatum: Dezember 2006

Editorial	5
FOKUS EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK	
Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft	6
Eine Chance für Kohärenz, Millennium-Entwicklungsziele und Nichtregierungsorganisationen? VON CHRISTA RANDZIO-PLATH	
Good Governance – von wem, für wen?	9
Ein kritischer Blick auf die Initiative der Europäischen Union VON HILDEGARD HAGEMANN	
Entwicklung und Migration: Zeit für Politikkohärenz	11
Eine Bestandsaufnahme VON DENISE AUCLAIR UND PETER VERHAEGHE	
Wege aus der fossilen Sackgasse	14
Energie in der EU-Entwicklungspolitik VON JÜRGEN MAIER	
FOKUS ARMUTSBEKÄMPFUNG GLOBAL	
Nach Gleneagles, vor Heiligendamm	17
Der G8-Prozess und die Rolle der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen VON CLAUDIA WARNING	
Lackmustest für die Millennium-Entwicklungsziele	20
Der weltweite Kampf gegen Aids – eine Standortbestimmung vor der deutschen G8-Präsidentschaft VON KATJA ROLL	
Wir können die Armut zur Geschichte werden lassen	23
Ein Plädoyer vor der deutschen Präsidentschaft von Europäischer Union und G8 VON KUMI NAIDOO	
FOKUS ENTWICKLUNG UND SPORT	
Entwicklungszusammenarbeit und Sport – Zwei Welten?	26
Teamwork oder Einzelkampf?	27
Potenziale und Grenzen der Kooperation zwischen Sport und Entwicklungszusammenarbeit. Erfahrungen aus dem Internationalen Jahr des Sports VON MICHAEL KLEINER	
Entwicklung des Sports – Entwicklung durch Sport	30
Internationale Sportförderung und Entwicklungszusammenarbeit des Deutschen Olympischen Sportbunds VON KATRIN MERKEL	
Ein Kick für Kids?	33
Sport in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Erfahrungen mit einer Kampagne rund um den Fairen Ball VON JOACHIM VORNEWEG	
BLICK VON INNEN	
Allein machen sie Dich ein	36
NRO-Bündnisse, Allianzen und Netzwerke VON ULI POST	
Spendenweltmeister in einem Entwicklungsland	40
Gesellschaftliche Rolle und Transparenz von NRO in Deutschland VON BERND PASTORS UND DIRK BANGE	
Partizipative Wirkungsbeobachtung	43
Das Beispiel NGO-IDEAS VON RALF TEPEL UND EBERHARD GOHL	
Geschlechtergerechtigkeit in der NRO-Praxis	46
Eine Handreichung will neue Impulse für die Gender-Arbeit geben VON KATHARINA PHILIPPS	
BLICK VON AUSSEN	
Effektivität und Erfolgskontrolle	48
Ein Streifzug durch die aktuelle Literatur zur Rolle entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen VON VERENA WIESMANN	
ÜBERSICHT:	
Aktuelle VENRO-Publikationen	50
VENRO-Mitglieder	51

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor der deutschen Doppelpräsidentschaft in der Europäischen Union und den G8 stehen die entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) regelrecht in den Startlöchern: 2007 werden sie mit ihren Positionen und Erfahrungen ins Rennen um wichtige entwicklungspolitische Impulse gehen. Dabei sind neue Dynamiken und Allianzen entstanden. So treffen sich deutsche NRO regelmäßig in der G8-NRO-Plattform, um gemeinsame Aktionen vor und während des G8-Gipfels in Heiligendamm zu koordinieren und sich über Inhalte auszutauschen. Anfang November sind Vertreterinnen und Vertreter deutscher und afrikanischer NRO im Rahmen des VENRO-Projekts „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ zusammengekommen und haben ihre entwicklungspolitischen Forderungen an die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft in einem Manifest zusammengefasst. Im Zentrum steht dabei die Umsetzung des Kohärenzgebots, die der EU-Entwicklungspolitik zu mehr Effizienz und Glaubwürdigkeit verhelfen könnte.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bietet dazu gute Gelegenheiten. So fordern afrikanische NRO unter anderem, dass bei den bevorstehenden Abschlussverhandlungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten entwicklungspolitische Gesichtspunkte stärker ins Gewicht fallen (Seite 6). Die Beiträge in unserem Themenfokus „EU-Entwicklungspolitik“ verdeutlichen, dass der Nachholbedarf in Sachen Kohärenz nicht nur zwischen Handels- und Entwicklungspolitik besteht. Denise Auclair und Peter Verhaeghe greifen die aktuelle Frage der Einwanderung nach Europa auf. In ihrem Artikel fordern sie eine entwicklungsorientierte Verbindung von EU-Migrations- und Entwicklungspolitik und erteilen der Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationskontrolle eine klare Absage (Seite 11). Unstimmigkeiten macht Jürgen Maier auch auf einem EU-Politikfeld aus, das in der NRO-Szene trotz seiner enormen entwicklungspolitischen Tragweite bislang kaum zur Sprache kommt: Die EU-Energiepolitik verfügt über progressive Instrumente zur Förderung nachhaltiger Energieprojekte in Ent-

wicklungsländern, die jedoch durch die europäischen Politik in der Weltbank und den europäischen Investitionsbanken konterkariert werden (Seite 14).

Die Diskussionen um die Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit, die die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* vom März 2005 nach sich gezogen hat, wirft auch die Frage nach der Abstimmung der NRO-Arbeit auf. Claudia Warning skizziert die politische Ausgangslage und die Herausforderungen vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 (Seite 17). Für Kumi Naidoo hängt der Erfolg internationaler Kampagnen wie der weltweiten Aktion gegen Armut entscheidend vom politischen Druck ab, den die Zivilgesellschaft im Norden auf die Politik ausübt (Seite 23). Der Artikel zu deutschen NRO-Bündnissen geht der Frage nach, welchen Beitrag die zahlreichen neu entstandenen Zusammenschlüsse und ein entwicklungspolitischer Dachverband wie VENRO zur Harmonisierung und Abstimmung von NRO-Aktivitäten leisten können (Seite 36).

Neben politischer und struktureller Dynamik hat Bewegung entwicklungspolitische NRO auch auf ureigene Art beschäftigt. Das Internationale Jahr des Sports 2006 und die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland waren Steilvorlagen, die VENRO und seine Mitglieder aufgenommen haben, um die Themen Sport und Entwicklungszusammenarbeit miteinander zu verbinden. Lassen sich die Themen in der Arbeit in den Partnerländern und bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Norden sinnvoll miteinander verknüpfen oder handelt es sich um zwei unvereinbare Welten? Die Autorinnen und Autoren in unserem Themenfokus „Entwicklung und Sport“ berichten von einem ungewöhnlichen „Spielfeld“ (ab Seite 26).

Wir wünschen unseren Lesern eine bewegende Lektüre.

Die Redaktion
DIRK BANGE
ULLA MIKOTA
ULI POST

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

EINE CHANCE FÜR KOHÄRENZ, MILLENNIUM-ENTWICKLUNGSZIELE UND NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN? VON CHRISTA RANDZIO-PLATH

DIE DEUTSCHE DOPPELPRÄSIDENTSCHAFT: ERWARTUNGEN UND CHANCEN

Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Damit richten sich große Erwartungen an die Bundesrepublik, die durch ihre gleichzeitige G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gleich zweimal im Mittelpunkt internationaler Politik steht. Die Doppelpräsidentschaft bietet die Chance, dass die Millennium-Entwicklungsziele, eine bessere Entwicklungsfinanzierung und vor allem die Armutsbekämpfung und der Schuldenerlass für die ärmsten Entwicklungsländer nicht nur das Gipfeltreffen in Heiligendamm prägen, sondern auch wesentlich stärker als bisher die EU-Politik bestimmen. Schließlich bringt die EU mit ihren Mitgliedsstaaten über 50 Prozent der weltweiten öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf und ist damit weltweit der größte Geber. Gleichzeitig ist sie der wichtigste Handelspartner der Entwicklungsländer.

Eine EU-Ratspräsidentschaft ist mehr als ein Fototermin. Deutschland wird allen Sitzungen in der Union präsidieren und damit Einfluss auf das Programm, Schwerpunkte und Initiativen der ersten sechs Monate haben. Die Bundesregierung sollte diese Möglichkeiten nutzen, um zu besserer, effizienterer, aber auch kohärenter Entwicklungspolitik beizutragen. Dazu muss eine Präsidentschaft vor allem zwischen den Mitgliedern vermitteln. Im Alleingang lassen sich keine Fortschritte erzielen.

NACHHOLBEDARF IN SACHEN KOHÄRENZ

Von zentraler Bedeutung für die künftige EU-Entwicklungspolitik bleibt auch nach dem Ende der finnischen EU-Ratspräsidentschaft die Durchsetzung entwicklungspolitischer Kohärenz. Der EU-Politik zur Entwicklungszusammenarbeit fehlt es an Glaubwürdigkeit, wenn die Kohärenz der EU-Politikfelder nicht hergestellt wird. Was nützt mehr Entwicklungshilfe, wenn die eigene landwirtschaftliche Produktion durch die EU-Subventionspolitik für europäische Agrarprodukte konterkariert wird? Artikel 178 des Vertrages über die Europäische Union regelt ausdrücklich, dass die Entwicklungszusammenarbeit anderen Politikbereichen nicht untergeordnet werden darf. Die

Gemeinsame Erklärung der EU-Institutionen („Der Europäische Konsensus“) lässt viele EU-Politiken außen vor, die den Entwicklungsländern schaden, wie zum Beispiel die Handelspolitik sowie die Landwirtschafts- und Fischereipolitik. Auch die neue EU-Afrika-Strategie enthält nicht mehr als erste Ansätze in Sachen Politikkohärenz.

Deswegen bleibt die Umsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzgebots die zentrale Forderung europäischer und afrikanischer Nichtregierungsorganisationen. Auch das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ ist auf dieses Ziel fokussiert und wird durch Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und zahlreiche Veranstaltungen auf die Durchsetzung dieser Forderung drängen. Gemeinsam mit afrikanischen Partnerorganisationen haben VENRO-Mitglieder ein „Manifest“ mit ihren Forderungen an die EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet. Darin rufen sie dazu auf, dass die Handelspolitik – insbesondere die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) im Rahmen des Cotonou-Abkommens –, die Sicherheitspolitik, die Energie- und Klimapolitik, die Politik gegen HIV/Aids und die Gender-Politik im Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen gestaltet werden. Aus afrikanischer Perspektive lassen besonders die WPA zwischen der EU und den AKP-Staaten klare Signale für einen entwicklungspolitischen Vorrang vermissen. So gibt es beispielsweise keinen Automatismus zwischen Wirtschaftswachstum und Marktöffnung und Wohlstandssteigerung für alle. Daher muss sobald wie möglich Einigkeit darüber erzielt werden, dass die Entwicklungsorientierung das Leitprinzip der WPA-Verhandlungen ist, und dass die Entwicklungsländer umfassend, gleichberechtigt und transparent in die Verhandlungen einbezogen werden. Nur unter diesen Voraussetzungen können die WPA zu Entwicklungsinstrumenten werden. Und dies ist umso wichtiger, weil nach dem Scheitern der Doha-Welthandelsrunde viele Versprechen gegenüber den Entwicklungsländern uneingelöst geblieben sind, so dass es seitens der EU kompensatorischer Maßnahmen bedarf. Und die Zeit drängt: Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden die WPA endgültig ausgehandelt.

Nachhaltiges Wachstum ist wichtig für den Weg Afrikas aus der Armut und für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele. Aber auch die neue EU-Initiative „Aid for Trade“ kann nur hilfreich sein, wenn sie zur Verbesserung der ökonomischen Kapazitäten in Afrika beiträgt, in Humanressourcen investiert und zur Produktivitätssteigerung beiträgt. Das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft bringt nach intensivem partizipativen Dialog auf dem Manifest-Workshop die afrikanische Sichtweise in die aktuelle EU-Entwicklungspolitik ein und macht die Forderung nach Kohärenz aller EU-Politikfelder zum Herzstück der NRO-Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

KLIMAVERBESSERUNG ZWISCHEN EU UND NRO – VORAUSSETZUNG FÜR EINE ERFOLGREICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Nichtregierungsorganisationen erwarten außerdem, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die problematische Grundhaltung der EU gegenüber der Zivilgesellschaft aufbricht, die sich in einer entwürdigenden Einstellung der EU-Kommission zu den NRO äußert. Einen geeigneten Rahmen hierfür bietet das Treffen des informellen EU-Entwicklungsministerrats auf dem Petersberg bei Bonn im März 2007. Augenblicklich drängt sich der Eindruck auf,

dass die EU nur die NRO unterstützen will, die sich gegenüber der EU-Entwicklungspolitik stromlinienförmig verhalten und diese nicht offen kritisieren. Das kann sich besonders negativ auf den Aufbau der Zivilgesellschaft auswirken, zum Beispiel in Afrika. Darüber hinaus sind Anträge auf Kofinanzierung durch die EU immer komplizierter, bürokratischer und formalisierter geworden. Damit werden kleinere NRO mit geringen personellen Kapazitäten praktisch von der Antragstellung ausgeschlossen. Die Arbeit der NRO wird zudem dadurch erschwert, dass der Mittelzufluss durch die EU mit erheblicher Verzögerung erfolgt.

Anknüpfungspunkte für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen EU und NRO bestehen: Das Europäische Parlament hat in seiner EntschlieÙung die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft als Dienstleistungsanbieter und Förderer von Demokratie und Menschenrechten anerkannt und die Verbesserung der Projektunterstützung für NRO gefordert. Daraufhin wurde in einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Institutionen zum Dokument „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ (2006/46201) die wichtige Rolle der europäischen Zivilgesellschaft betont. Dieser Würdigung müssen nun konkrete Schritte folgen.



AFRIKAS PERSPEKTIVE – EUROPAS POLITIK

Das VENRO-Projekt zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

FAZIT

■ ■ ■ Die deutsche Doppelpräsidentschaft von EU und G8 bietet der Bundesregierung die Chance, entscheidende Schritte hin zu besserer und effizienterer Entwicklungspolitik einzuleiten. Zentrale Forderung europäischer und afrikanischer Nichtregierungsorganisationen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist die Umsetzung des entwicklungspolitischen Kohärenzgebots der EU. Aus afrikanischer Sicht spielt eine partnerschaftliche Entwicklungsorientierung vor allem bei den bevorstehenden Abschlüssen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eine entscheidende Rolle. NRO erwarten außerdem Impulse zur Verbesserung der problematischen Grundhaltung der EU zu zivilgesellschaftlichen Organisationen. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN:

Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath ist stellvertretende VENRO-Vorsitzende, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins und ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament.
randzio-plath@gmx.de

MDGs UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN DEN FOKUS RÜCKEN

Politische Chancen verspricht die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auch für die verstärkte Fokussierung der EU-Entwicklungspolitik auf die Millennium-Entwicklungsziele, vor allem die Armutsbekämpfung, die Ressourcensicherheit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Dabei spielt auch die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit durch die Instrumente der Frauenförderung und des Gender-Mainstreamings eine entscheidende Rolle. Denn durch die Vernachlässigung der Geschlechterdimension in der Entwicklungszusammenarbeit bleiben wesentliche Teile des Entwicklungspotenzials ungenutzt.

Die Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ setzt zu Recht auf die Gleichzeitigkeit der deutschen „Präsidentschaft“ bei EU und G8. Die Ergebnisse der Armutsbekämpfung müssen sichtbar werden genauso wie ein solides Finanzierungskonzept von EU und G8 für die Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels. Die Glaubwürdigkeit des EU-Handelns steht auf dem Prüfstand. ■

Good Governance – von wem, für wen?

**EIN KRITISCHER BLICK AUF DIE INITIATIVE
DER EUROPÄISCHEN UNION** VON HILDEGARD HAGEMANN

Seit dem Fall der Mauer und dem dadurch bedingten Aufbrechen der Ost-West-Definitionen über gute und schlechte Regierungen und Zivilgesellschaften sind die Begriffe „Gute Regierungsführung“ und „zivilgesellschaftliche Beteiligung“ Dauerthemen in der entwicklungspolitischen Diskussion. Während Partizipation als Voraussetzung für den Aufbau demokratischer Strukturen und für nachhaltige Entwicklung schon früh Eingang in alle Entwicklungsstrategien von der Weltbank bis hin zur EU fand, war „Gute Regierungsführung“ als Mittel zur Koordination der Vergabe internationaler Entwicklungshilfe umstritten. Beide Prinzipien fanden dennoch Eingang in das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP), das insgesamt 103 Länder rechtlich bindet. Mit der Unterzeichnung des Abkommens im Jahr 2000 lancierte die Europäische Kommission mehrere Initiativen, die darauf abzielen, die Vergabe von Geldern des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) an nachvollziehbare Kriterien zu binden, sei es durch Definition zivilgesellschaftlicher Akteure, die Einrichtung besonderer Fazilitäten (zum Beispiel zur Friedenssicherung in Afrika) oder die Erstellung von Länderstrategien.

So wundert es nicht, dass die Veröffentlichung eines Diskussionspapiers zur Definition von „Good Governance“ in der EU-Entwicklungspolitik durch die Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission im Juni 2006 einen umfassenden Konsultationsprozess mit EU-Parlament und Zivilgesellschaft in Gang setzte¹. Zum einen soll diese EU-Initiative, neben der EU-Afrika-Strategie, eine vertiefende Antwort auf die NePAD-Initiative (New Partnership for Africa's Development) sein, die in ihrem African Peer Review Mechanism (APRM) die Frage der Regierungsführung aufgreift. Andererseits soll sie den aktuellen Erfordernissen der EU-Politik Rechnung tragen: die Verteilung des kommenden zehnten EEF unter Berücksichtigung der Ansprüche an Geberharmonisierung und Effizienzsteigerung der Entwicklungszusammenarbeit und an die Umsetzung des Konzepts der Budgetfinanzierung.

Nichts ist gegen das Streben nach verbesserter Regierungsführung in der Welt einzuwenden, zumal, wenn es

von Regierungen selbst ausgeht. Doch ist „Gute Regierungsführung“ keine global definierte Formel, die auf alle Gesellschaften und Staatenzusammenhänge anwendbar ist. Sie ist etwas, was nur durch den Willen und mit dem Einverständnis der zu regierenden Gesellschaften entwickelt werden kann. Eine erstarkende Zivilgesellschaft beginnt bald die eigene Regierung zu hinterfragen und bemängelt Intransparenz, Willkür, Diskriminierung, Korruption, einseitige Interessenvertretung, Menschenrechtsverletzungen und vieles mehr, was im krassen Gegensatz zum Begriff „Good Governance“ steht. Das Engagement von kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Durchführung von Wahlen, dem APRM, der Korruptionsbekämpfung, aber auch der Selbstreflexion eigener Arbeitsweisen sind dafür gute Beispiele.

Was allerdings die Erfordernisse der EU-Politik angeht, gibt es einige Fragezeichen. So war der Review des Cotonou-Abkommens im Jahr 2005 Anlass zu einem Aufschei der Entrüstung vieler Regierungen und Zivilgesellschaften von AKP-Ländern. In dem überarbeiteten Vertragswerk wurden als Anreiz für Empfängerländer Gelder in Aussicht gestellt, die an Terrorbekämpfung und die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gebunden sind. Stirnrnzeln ruft auch die Aussage von EU-Entwicklungskommissar Louis Michel hervor, dass es zwar nicht ziemlich sei, Gelder des EEF für polizeiliche Aktionen zu verwenden, aber sehr wohl möglich, finanzielle Anreize aus diesem Fonds (drei Milliarden Euro) abzuzweigen und bevorzugt den Ländern zukommen zu lassen, die eine Rücknahme von Flüchtlingen garantieren².

Kann man unter diesen Gegebenheiten von einer Weiterentwicklung der entwicklungspolitischen Debatte im Sinne eines partizipativen und partnerschaftlichen Ansatzes sprechen, der nationale Bestrebungen zur Verbesserung der Regierungsführung unterstützt? Europäische NRO, die sich im Dachverband CONCORD organisieren, haben die Initiative kritisch betrachtet und kommentiert. Unter dem Stichwort „Wessen Regierungsführung“³ zeigen sie auf, dass die Initiative schon in ihrem Entstehungsprozess gravierende Mängel aufweist, die auf Defizite in der EU-Regierungsführung hindeuten. Ein Bei-

[1] Europäische Kommission: Issues paper Towards an European Consensus on Governance in Development Cooperation, 06.06.2006 (http://ec.europa.eu/comm/development/body/csp_rsp/programming_ACP.cfm)

[2] Agence Europe, 13.09.06

[3] CONCORD Cotonou Working Group: Whose Governance, Brussels 2006

FAZIT

■ ■ ■ Die derzeitige EU-Initiative hat die Diskussion über gute Regierungsführung nicht bereichert. Da sie den laufenden Verhandlungsprozess zur Verteilung des zehnten EEF bestimmt, wirkt sie eher behindernd. Zu befürchten bleibt zudem, dass die EU ihre Interessen auch künftig kaum hinter ihre Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung der MDGs zurückstellen wird. Hoffnung bietet der APRM: In Ghana, Ruanda und Kenia haben die Peer Reviews zu erstarkten Zivilgesellschaften geführt, die nun „Gute Regierungsführung“ einfordern. Bisher sind weitere zwölf afrikanische Staaten bereit, sich einem APRM zu stellen. Die EU-Zivilgesellschaft ist dadurch allerdings nicht aus der Pflicht entlassen, auch weiterhin auf die Regierungsmängel der EU und ihrer Mitglieder aufmerksam zu machen. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN:

Dr. Hildegard Hagemann arbeitet seit 2002 im Sachbereich Entwicklung bei der Deutschen Kommission Justitia et Pax in Bonn zu Fragen der Partizipation und Armutsbekämpfung und ist seit 2003 VENRO-Vertreterin in der Cotonou-Arbeitsgruppe von CONCORD.
H.Hagemann@DBK.de

spiel ist der Konsultationsprozess über die Erstellung von Indikatoren, an denen die prozesshafte Verbesserung der Regierungsführung gemessen werden soll. Die Beratungen mit zivilgesellschaftlichen Kräften begannen zu einem Zeitpunkt, als die Verteilung des zehnten EEF (22 Milliarden Euro für die Jahre 2008 bis 2013) schon weit fortgeschritten war, so dass weder von einer partnerschaftlichen Erarbeitung der Vergabekriterien mit den AKP-Akteuren noch von einer transparenten und partizipativen Kommunikation mit EU-Mitgliedsstaaten und EU-Parlament gesprochen werden kann.

Neben der unzeitigen Durchführung des Konsultationsprozesses und der Kopplung der Vergabe an EU-Interessen steht das Kriterium „Korruptionsbekämpfung“ im Blickpunkt zivilgesellschaftlicher Kritik an der Good-Governance-Initiative. Eine Umfrage bei afrikanischen Partnern des katholischen NRO-Netzwerks CIDSE ergab, dass eine aufwändige externe Korruptionskontrolle nicht zwangsläufig zur Bekämpfung sozialer Missstände und systembedingter Korruption beiträgt⁴. Hier werden nur Transparenz, durch die Offenlegung von Entscheidungs- und Verwaltungswegen, Haushaltszahlen und Zuständigkeiten, sowie der Aufbau nationaler Kontrollmechanismen durch zivilgesellschaftliche Kräfte Abhilfe schaffen können. Durch das Vorgehen der EU bei der Korruptionsbekämpfung wird, gemäß der Einschätzungen der CIDSE-Partner, aber nicht einmal die Einbeziehung der nationalen Parlamente gefördert.

Bei aller Kritik an der EU-Initiative verneinen aber weder europäische NRO noch zivilgesellschaftliche Akteure der AKP-Staaten die Relevanz und die Dringlichkeit einer verbesserten Regierungsführung. Sie fordern von der Europäischen Kommission, ihre Initiative an interessenneutralen Indikatoren einer guten Regierungsführung auszurichten: Achtung der Menschenrechte, transparente Politikgestaltung, Förderung der Eigenverantwortlichkeit der Staaten, Rechenschaftslegung, Einbeziehung von Parlament und Zivilgesellschaft, kohärente Politikgestaltung, Verlässlichkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Einordnung der Programme in nationale Konzepte. ■

[4] CIDSE Background Paper: Governance and Development Cooperation: Civil Society Perspectives on the European Union Approach, Brüssel, August 2006

Entwicklung und Migration: Zeit für Politikkohärenz

EINE BESTANDSAUFNAHME VON DENISE AUCLAIR UND PETER VERHAEGHE

Kanarische Inseln. Ceuta und Melilla. Lampedusa. Eine Reihe spektakulärer Fälle von verzweifelten Migranten, die unter Einsatz ihres Lebens von Afrika nach Europa zu gelangen suchen, hat das Thema Migration und Entwicklung an die Spitze der EU-Agenda katapultiert. Auch die jüngsten Spannungen im Zusammenhang mit Ausländern oder Bürgern ausländischer Herkunft in Ländern wie Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden haben Bewegung in die Diskussion um Einwanderung gebracht. Die Herausforderung besteht darin, die aktuelle Debatte über Migration und Entwicklung auf der Basis von Fakten und Menschenrechtserwägungen zu führen und nicht entlang von Sicherheitsbedenken oder einer repressiven Grundhaltung.

Die Politik hat erkannt, dass zwischen Migration und Entwicklung ein Zusammenhang besteht. Migranten verlassen ihre Länder aus unterschiedlichen Gründen. Zu den wichtigsten zählen die fehlenden Möglichkeiten, in ihrer Heimat ein Einkommen erwirtschaften zu können. Der Ver-

such, die Migration nach Europa einfach durch repressive Maßnahmen einzudämmen, ist daher zum Scheitern verurteilt. Stattdessen bedarf es eines breiter angelegten politischen Handlungskonzeptes, das Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards in den afrikanischen Ländern umfasst. Es ist ein ermutigendes Signal zur rechten Zeit, dass diese Debatte nun mit einem Fokus auf die Suche nach positiven Synergien zwischen Entwicklungs- und Migrationspolitik neu belebt wird, statt Entwicklungszusammenarbeit lediglich als ein Instrument zur Migrationskontrolle zu betrachten. Diese Überlegung steht auch im Einklang mit den Verpflichtungen, die sich die Europäische Union im letzten Jahr im Rahmen des Arbeitsprogramms „Politik Kohärenz für Entwicklung“ auferlegt hat. Demnach sollen alle politischen Handlungskonzepte der EU mit Auswirkungen auf die Entwicklungsländer – einschließlich der Migrationspolitik – zur nachhaltigen Entwicklung Afrikas beitragen, statt sie zu untergraben.

Die EU-Aktivitäten zu den Themen Migration und Ent-



Mehr und bessere Arbeitsplätze können zur Verhinderung von Migration beitragen.

wicklung haben im Laufe des letzten Jahres an Fahrt gewonnen, insbesondere in Bezug auf Afrika. Nach ihrer ersten Mitteilung *policy paper* zu Migration und Entwicklung aus dem Jahr 2002 hat die Kommission zwei neue Mitteilungen über konkrete und vorrangige Maßnahmen vorgelegt, eine dritte wird zurzeit erarbeitet. Alle drei sind im Zusammenhang mit Diskussionen der EU-Mitgliedsstaaten im Rat entstanden.

Das Thema Migration und Entwicklung wurde auch regelmäßig bei hochrangigen Treffen zwischen europäischen und afrikanischen Politikern erörtert. Eine erste Debatte zwischen Vertretern der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten sowie der EU fand auf der Tagung des AKP-EG-Ministerrats in Port Moresby im Mai statt, gefolgt von einer Ministerkonferenz in Rabat im Juli. Im Oktober besuchte eine Gruppe von EU-Kommissaren ihre Kollegen von der Kommission der Afrikanischen Union in Addis Abeba, und auch dort stand das Thema Migration auf der Tagesordnung. Anlässlich der Konferenz in Rabat präsentierte das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) einen Zehn-Punkte-Plan zu so genannten „gemischten Migrationsbewegungen“ von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Wirtschaftsmigranten. Die Organisation wirbt für eine Einreiseregulierung, die den Zugang bedürftiger Personen zu internationalen Schutzmechanismen sicherstellt.

Parallel dazu hat die EU untersucht, wie ihre Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Bewältigung von Migrationsproblemen genutzt werden können. Dabei wurde die Einrichtung einer AKP-Fazilität für Migration beschlossen – ein Sonderfonds zur Finanzierung von technischer Unterstützung und statistischer Erfassung von Migration mit dem Ziel der Harmonisierung von Daten zu den tatsächlichen Migrationsströmen in AKP-Ländern.

Der für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständige EU-Kommissar Louis Michel hat vorgeschlagen, dass afrikanische Länder einen Teil des neuen, im Rahmen des zehnten Europäischen Entwicklungsfonds aufgelegten Fonds für „Gute Regierungsführung“ zur Einhaltung von Abkommen über die Rückführung illegaler Migranten verwenden sollten. In der Tat hat die Europäische Kommission die Steuerung von Migrationsströmen und die Umsetzung von Abkommen im Migrationsbereich zu einem der Kriterien für die Beurteilung von Regierungs-

führung von Empfängerländern gemacht.

Im Vordergrund des offiziellen EU-Diskurses zum Thema Migration und Entwicklung stehen Maßnahmen, die sich auf die positiven Beiträge beziehen, die Migranten zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern leisten können. Dazu zählen beispielsweise die Senkung der Kosten für Rücküberweisungen an Familien von Migranten oder Anreize für Investitionen des Finanz- oder Humankapitals von Migranten in Entwicklungsprojekte. Gleichzeitig wird jedoch der Migrationskontrolle nach wie vor politische Priorität eingeräumt. Die EU verfolgt die Stärkung ihrer Grenz- und Seepatrouillen oder die Erweiterung ihrer Möglichkeiten zur Abschiebung illegaler Migranten in ihre Herkunfts- oder Drittländer mit mehr Ehrgeiz als die Verbesserung der entwicklungsfördernden Wirkung ihrer Politik. Auch wenn Patrouillen vor der westafrikanischen Küste zweifellos zur Rettung von Menschenleben beitragen könnten, so ist dennoch fraglich, ob teure Kontrollen der beste Verwendungszweck für Mittel sind, die dazu beitragen könnten, Lebensbedingungen armer Menschen zu verbessern.

Die Verknüpfung von Entwicklung und Migration sollte der Bekämpfung von Armutsursachen dienen. Zugang zu Bildung, mehr und bessere Arbeitsplätze – auch auf dem Weg über die Arbeitsmigration in die EU –, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und kostenloser Zugang zu Basisgesundheitsdiensten sind Elemente, die zur Verhinderung durch wirtschaftliche Not erzwungener Migration beitragen, indem sie zur Chancenerweiterung in den Herkunftsländern beitragen. Die Öffnung von Kanälen zur legalen (Arbeits-) Migration in die EU verringert wiederum die illegale Migration und hilft den Bedarf des EU-Arbeitsmarktes zu decken.

Flüchtlinge, Asylsuchende und Wirtschaftsmigranten sind das Resultat globaler und lokaler Muster von Unsicherheit und Ungerechtigkeit. Diesem Mangel an Sicherheit muss durch dauerhafte Beiträge zur Verbesserung des Lebens der Bevölkerung vor Ort entgegengewirkt werden und nicht durch die weitere Einschränkung der Migration und ihre Diffamierung als Sicherheitsbedrohung. Sicherheit bedeutet in diesem Kontext Freiheit von Verfolgung oder von Umweltzerstörung, aber auch die Sicherheit, eine Wohnung und einen Arbeitsplatz sowie ein menschenwürdiges Einkommen für sich und seine

Familie zu haben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass a) mehr Sicherheit tendenziell zu einer Verringerung von erzwungener und freiwilliger Migration führt, und b) eine substantielle Verbesserung der Sicherheitslage oft eine Rückkehrwelle von MigrantInnen auslöst, die ihr Land zuvor aus Sicherheitserwägungen verlassen haben.

Bevölkerung und Politiker müssen den Umstand erkennen und akzeptieren, dass sie in immer offeneren Gesellschaften mit einer Vielfalt an Kulturen und Traditionen leben. Deshalb bedarf es faktenbasierter Debatten und Konzeptentwicklungen und nicht Diskussionen, die auf subjektiven Wahrnehmungen und Vorurteilen beruhen. Die Vergabe staatlicher Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA) muss in Übereinstimmung mit den Millennium-Entwicklungszielen erfolgen und sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten. Und nicht nach der Zahl von Migranten aus Entwicklungsländern, die sich in EU-Geberländern aufhalten.

Die Verknüpfung von Migration und Entwicklung stellt Nichtregierungsorganisationen als Vertreter der Zivilgesellschaft vor neue Herausforderungen. Caritas Europa als Netzwerk, das sowohl im Migrations- als auch im Entwicklungsbereich tätig ist, intensiviert die Koordinierung und die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungs- und Migrationsabteilungen ihrer Mitgliedsorganisationen. Experten beider Tätigkeitsfelder beurteilen die Wirkung von Sensibilisierungs- und Lobbyarbeit und Projektmaßnahmen in dem einen Bereich auf den jeweils anderen. Daraus ergeben sich neue Projekte, an deren Planung Gemeinschaften von Migranten in der Diaspora beteiligt sind. Gemeinsamer Ausgangspunkt aller Initiativen ist und bleibt der Schutz der Menschenrechte, sei es für die Bevölkerung vor Ort oder für Migranten in der EU. ■

FAZIT

■ ■ ■ Flüchtlingsströme mit dramatischen Szenen an den europäischen Außengrenzen und Ausschreitungen von BewohnerInnen mit Migrationshintergrund in europäischen Städten haben Einwanderung zu einem Top-Thema auf der EU-Agenda gemacht. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, die Debatte über die Verbindung von Migrations- und Entwicklungspolitik auf der Grundlage von Fakten und unter Berücksichtigung der Menschenrechte zu führen, und sie nicht auf Sicherheitsfragen zu reduzieren. Während der offizielle EU-Diskurs die positive Rolle der Diaspora zur Entwicklung ihrer Heimatländer betont, liegt die politische Priorität Europas derzeit auf der Sicherung seiner Außengrenzen. Im Sinne einer kohärenten EU-Politik müssen Strategien verstärkt auf Synergien zwischen Entwicklungs- und Migrationspolitik setzen, anstatt die EU-Entwicklungszusammenarbeit zu einem Instrument zur Migrationskontrolle zu machen. Auch Hilfswerke stehen vor der Herausforderung, ihre Aktivitäten in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Unterstützung von Migranten besser miteinander zu verzahnen, zum Beispiel durch die Einbindung der Diaspora in Planungen für Projekte und Programme in deren Heimatländern. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN UND DEN AUTOR:

Denise Auclair ist Referentin für EU-Entwicklungspolitik bei Caritas Europa und der Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité (CIDSE).

auclair@cidse.org

Peter Verhaeghe ist Referent für Migrationspolitik bei Caritas Europa.

pverhaeghe@caritas-europa.org

ÜBERSETZUNG:

Klaus Birker, Dirk Bange. Der englische Originaltext steht unter www.venro.org/publikationen/auclair-verhaeghe.pdf zur Verfügung.

Wege aus der fossilen Sackgasse

ENERGIE IN DER EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK VON JÜRGEN MAIER

Energiepolitik ist heute eine der zentralen Fragen der Weltwirtschaft. Das Auf und Ab des Ölpreises mag sich im Geldbeutel des europäischen (Benzin-)Verbrauchers inzwischen spürbar auswirken – für viele Öl importierende Entwicklungsländer sind die rasch steigenden Kosten der Ölimporte zu einer Überlebensfrage geworden. So haben sich in Äthiopien die Ausgaben für Ölimporte in den letzten vier Jahren von 231 auf 589 Millionen Dollar erhöht – diesem Anstieg um 358 Millionen standen ein IWF-Weltbank-Schuldenerlass von 78 Millionen Dollar gegenüber. Tansanias Ölrechnung wuchs in den letzten vier Jahren von 189 auf 480 Millionen Dollar. Diese Erhöhung um 291 Millionen ist mehr als doppelt so hoch wie der IWF-Weltbank-Schuldenerlass von 140 Millionen. Ähnliche Zahlen kann man auch für viele andere Länder anführen. Und in den wenigen Ländern, die am Ölexport verdienen, ist es nur in den seltensten Fällen gelungen, damit wirklich Entwicklung voranzutreiben – meist führte das Öl in erster Linie zu Korruption und Bürgerkriegen.

Angesichts der enormen Bedeutung der Energiepreise ist es verwunderlich, dass Energiepolitik in der entwick-

lungspolitischen Diskussion in Europa nur eine Nischenrolle spielt und meist in der „Umweltecke“ verortet wird. Sind die Erkenntnisse der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung schon wieder vergessen? Natürlich hat Energiepolitik immer massive umweltpolitische Konsequenzen, aber für die Entwicklungsländer dominieren im Augenblick sicherlich die ökonomischen Folgen. Es ist gerade auch aus diesen Gründen dringend erforderlich, diesen Ländern beim Aufbau einer nachhaltigen Energiezukunft zu helfen, die nicht auf importierte fossile, sondern auf einheimische erneuerbare Energien setzt. Alles andere ist bald ohnehin nicht mehr bezahlbar.

Dies kann nicht ohne Konsequenzen für den Umgang der europäischen Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen mit der EU-Entwicklungspolitik bleiben. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind ein zentraler Geldgeber für den Energiesektor in Entwicklungsländern: Rund 700 Millionen Euro gibt die EU insgesamt pro Jahr für energiebezogene Entwicklungszusammenarbeit aus. Betrachtet man nur solche Energieprojekte, bei denen es um die Förderung fossiler Energieträger und ihren Export



NRO-Installation auf der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien 2004 in Bonn

in den Norden geht, ist die EU weltweit sogar der wichtigste Geldgeber. Aber die kritische Auseinandersetzung von europäischen NRO mit der energiebezogenen Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bleibt auf wenige Spezialisten begrenzt, öffentlicher Druck ist allenfalls bei einigen spektakulären Negativ-Projekten zu spüren.

Dabei kann sich die EU im internationalen Vergleich durchaus mit einigen Initiativen sehen lassen, so etwa mit ihrer European Union Energy Initiative for Poverty Eradication and Sustainable Development (EUEI). Sie wurde zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 auf den Weg gebracht, bei dem die EU nachdrücklich für eine neue Energiepolitik und den Ausbau erneuerbarer Energien eintrat. Aus der in Johannesburg initiierten „Johannesburg Renewable Energy Coalition“ (JREC) ist politisch zwar nicht viel geworden, aber immerhin hat die EU mit der EUEI eine echte Lücke für Finanzierungsinstrumente für nachhaltige, dezentrale Energiesysteme gefüllt.

Der Schwerpunkt der EUEI liegt auf ländlicher Elektrifizierung, Verbesserung der Energieeffizienz, dezentralisierten Energiesystemen, erneuerbaren Energien sowie institutionellem *Capacity Building*. Dementsprechend spielen bei der EUEI auch die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle als Projektpartner. Wer also Erdölpipelines oder Kohlebergwerke bauen möchte, braucht hier gar nicht erst Anträge zu stellen. Bei der ersten Konferenz der EUEI im November 2003 wurde außerdem Afrika in den Fokus gerückt. Im Juli 2006 wurde im Rahmen der EUEI eine AKP-Energiefazilität eingerichtet, mit der zunächst 225 Millionen Euro für Projekte in den AKP-Ländern bereitgestellt werden. Erklärtes Ziel ist auch die Mobilisierung privater zusätzlicher Ressourcen. Wichtiger Bestandteil der EUEI ist zudem der Politikdialog, vor allem mit afrikanischen Ländern.

Wo viel Licht ist, ist leider auch viel Schatten. So progressiv die EUEI im Vergleich mit anderen Energieprogrammen sein mag, umso krasser fällt der Vergleich mit der Weltbank aus. Im Jahr 2005 gingen gerade einmal zehn Prozent der Weltbank-Energiekredite an dezentrale

erneuerbare Energien oder Energieeffizienzprojekte. Ein Fokus auf Armutsbekämpfung sieht sicherlich anders aus. Was aber haben diese Zahlen mit der EU zu tun? Sehr viel, wenn man bedenkt, dass die 25 EU-Staaten zusammen circa 28 Prozent der Anteile an der Weltbank halten und die Weltbank schwerlich eine derart rückwärts gewandte Energiepolitik aufrechterhalten könnte, wenn die EU-Mitgliedsstaaten Druck auf eine Angleichung der Weltbank-Energiepolitik an die EUEI ausüben würden. Aber leider tun sie es nicht. Leider ist auch die europäische Koordination in den Bretton-Woods-Institutionen noch in einer sehr schwachen Frühphase – eine durchaus erstaunliche Tatsache angesichts der enormen Summen, die dort bewegt werden (vgl. eine von neun europäischen NRO erstellte und Eurodad herausgegebene Studie vom Januar 2006: *European Coordination at the World Bank and International Monetary Fund: A Question of Harmony?*).

Aber auch in manch anderen Foren, in denen die EU klare Akzente für eine zukunftsorientierte Energiepolitik setzen könnte, bleibt sie weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, und das ist oft noch freundlich ausgedrückt. So etwa bei der Europäischen Investitionsbank (EIB), der „Hausbank“ der EU-Entwicklungshilfe. Angesichts der jährlichen 45 Milliarden Euro, die sie an Krediten mit öffentlichen Mitteln vergibt, mutet sich die EUEI vergleichsweise bescheiden an. Der NRO-Report von CEE Bankwatch, Campagna per la Riforma della Banca Mondiale, Friends of the Earth International und WEED kam 2006 zu dem Schluss: *„Obwohl die EIB verpflichtet ist, die EU-Entwicklungspolitik zu unterstützen, haben die EIB-Kredite der letzten zehn Jahre nach Afrika, Asien und Lateinamerika dies nicht getan. Viele der Kredite gingen an groß dimensionierte Erdöl-, Erdgas-, Staudamm-, Bergwerks- und Industrieprojekte – Sektoren, die vielleicht für die EIB wirtschaftlich sind, aber in erster Linie EU-Unternehmen nützen, aber nicht den Menschen in diesen Ländern oder der Umwelt. Wir haben bei unseren Recherchen keine Anzeichen dafür gefunden, dass die EIB sich an den Prämissen der EU-Entwicklungspolitik ausrichtet, insbesondere nicht an ihrer Ausrichtung auf Armutsbekämpfung.“* ▶

FAZIT

■ ■ ■ Energiepolitik ist für die Länder des Südens heute eine zentrale Herausforderung. Die Ölpreis-Eskalation ist für viele Länder inzwischen ein größeres Problem als ihre Auslandsverschuldung, das die Aussicht auf steigende Entwicklungshilfe bei weitem überwiegt. Mit der EUEI hat die EU zwar ein weltweit beachtenswertes Instrument für nachhaltige Energieprojekte, finanziert aber über die Weltbank und EIB immer noch mit weitaus größeren Summen fossile Energiestrukturen. Europäische NRO stehen vor der Herausforderung, die Bedeutung der Energiefrage zu erkennen und ihre politischen Schwerpunkte entsprechend neu auszurichten. ■ ■ ■

Quellen und weiterführende Informationen:

- Eurodad (Hrsg.): European Coordination at the World Bank and International Monetary Fund: A Question of Harmony? Januar 2006 www.eurodad.org/uploadstore/cms/docs/EUIFGovernance.pdf
- European Union Energy Initiative for Poverty Eradication and Sustainable Development (EUEI): www.euei.org
- European Commission, Europeaid Co-Operation Office: The ACP-EC Energy Facility. Presentation of the Energy Facility and recommendations on how to prepare a proposal, Mai 2006 http://ec.europa.eu/environment/funding/pdf/energy_guide.pdf
- Jaroslava Colajacomo: In Whose Interest? The European Investment Bank (EIB) in the South. A report by Friends of the Earth International, Campagna per la riforma della Banca Mondiale, CEE Bankwatch Network and WEED, February 2006



ÜBER DEN AUTOR:

Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung.
chef@forumue.de

Angesichts eines derart verheerenden Urteils dieses internationalen NRO-Konsortiums fragt man sich allerdings auch, warum die EIB derart unbehelligt von der Öffentlichkeit agieren kann und weder kritische Presseartikel erscheinen noch irgendwelche NRO-Aktivitäten in größerem Stil zur EIB stattfinden. Offensichtlich scheinen auch die NRO ihre Prioritäten nicht richtig zu justieren, denn wenn man auf ein Kreditvolumen von 45 Milliarden Euro Einfluss nimmt, dürfte dies vermutlich weitaus mehr entwicklungspolitische Auswirkungen haben als ein paar Millionen Erhöhungen im Etat eines Entwicklungshilfeministeriums.

Ähnliche Kritik kann man auch an der europäischen Osteuropabank (European Bank for Reconstruction and Development, EBRD) vorbringen, wenn auch in weitaus bescheidenerem Rahmen. Unter ihren jährlichen Auszahlungen von circa drei Milliarden Euro befindet sich zwar auch ein Energieeffizienzfonds von rund 200 Millionen Euro. Schlagzeilen macht sie jedoch immer wieder mit hochproblematischen Projekten wie dem Sachalin-Erdölprojekt im russischen Fernen Osten, an dem Shell beteiligt ist, und für das die EBRD einen Kredit von 400 Millionen Euro beisteuern soll. Auch die Mittelmeer-Kooperation mit Nordafrika (Euromed) ist bisher von zukunftsfähiger Energiepolitik noch weit entfernt, angesichts der Öl- und Gasreserven Algeriens und Libyens sind die Versuchungen wohl einfach zu groß. ■

Nach Gleneagles, vor Heiligendamm

DER G8-PROZESS UND DIE ROLLE DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN VON CLAUDIA WARNING

EIN BLICK ZURÜCK: GLENEAGLES – EIN MEILENSTEIN VERLIERT AN GLANZ

Der G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde in den Medien als Meilenstein in der internationalen Armutsbekämpfung dargestellt. Es ist richtig und ein Erfolg, dass durch das Engagement der Zivilgesellschaft und der britischen Präsidentschaft die Entwicklung Afrikas und die Auseinandersetzung mit den Millennium-Entwicklungszielen (MDGs) ins Rampenlicht gerückt wurden. Doch rückblickend betrachtet verlieren die so hoch gehandelten Versprechen von Gleneagles an Glanz.

Das Versprechen, bis zum Jahr 2010 die Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) um rund 50 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, basiert größtenteils auf Zusagen, die bereits 2002 auf der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey sowie vom Europäischen Rat im Juni 2005 gemacht wurden. Die Erhöhung der ODA-Mittel durch die Bundesregierung ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Kritisch ist jedoch, dass diese Steigerung primär auf der Anrechnung von Schuldenerlassen für den Irak und Nigeria beruhen. Zudem muss sichergestellt werden, dass nach dem Wegfall der Schuldenerlasse der ODA-Stufenplan auch 2008 weiter eingehalten werden kann. Auch die in Gleneagles vereinbarte multilaterale Entschuldungsinitiative hat Ecken und Kanten. Sie erlässt keineswegs 100 Prozent der Schulden, da sie Nicht-HIPC-Länder ausschließt und nur Schulden bei der Weltbank, dem IWF und der Afrikanischen Entwicklungsbank beinhaltet. Zudem werden diese Erlasse mit neu auszugebenden Krediten verrechnet, so dass den Ländern im gleichen Zug ein beträchtlicher Teil ihrer Entwicklungshilfe gekürzt wird.

Die G8-Ziele von Gleneagles, bis zum Jahr 2010 den weltweiten Zugang zu HIV/Aids-Medikamenten zu ermöglichen sowie allen an der „Education Fast Track Initiative“ teilnehmenden Ländern die Finanzierung nachhaltiger Bildungsstrategien zu ermöglichen, scheinen in weite Ferne gerückt. Sowohl der Bildungsinitiative als auch dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose fehlen hierzu die nötigen finanziellen Mittel. Zudem sind beim Zugang zu den Mitteln des Globalen Fonds die bürokratischen Hürden sehr hoch,

so dass vor allem viele kleinere Organisationen vor Ort diese Einrichtung nicht nutzen können. Auch beim Klimaschutz und im Bereich Handel wurden keine konkreten Fortschritte erzielt.

DIE DEUTSCHE G8-AGENDA: POSITIVE BOTSCHAFTEN UND ÖKONOMISCHE KURZSICHTIGKEIT

Die deutsche Bundesregierung möchte ihre G8-Präsidentschaft mit einer positiven Botschaft beginnen. Sie hält die Erreichung der MDGs auch auf dem afrikanischen Kontinent für möglich. Unter dem Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“ wirbt sie in einem Schwerpunktpapier zum G8-Gipfel in Heiligendamm für eine „Reformpartnerschaft“ zwischen den G8 und Afrika, die primär auf die Wirkung privater Investitionen setzt. Danach sollen die afrikanischen Staaten Eigenverantwortung übernehmen und Strukturen entwickeln, die das Investitionsklima verbessern. Korruptionsbekämpfung und Friedenskonsolidierung, funktionierende Finanz- und Kapitalmärkte sowie effiziente und transparente Rohstoffmärkte und die Erleichterung und Unterstützung von Unternehmensgründungen sind für die deutsche Bundesregierung solche grundlegenden, strukturellen Voraussetzungen für Entwicklung und Armutsbekämpfung. ▶



Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ auf dem Weg zur Unterschriften-Übergabe im Bundeskanzleramt anlässlich des zweiten White Band Day im September 2005

Dass die Bundesregierung die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ihrem Papier völlig ausblendet, steht im Widerspruch zur zentralen Rolle, die sie der Ökonomie als Motor der Entwicklung beimisst. Kein Wort verliert sie über das Scheitern der Doha-Runde. Im Gegenteil: Als Beispiel globaler Ungleichgewichte wird das „beispiellose hohe Defizit der Vereinigten Staaten“ im Vergleich zu den übrigen Industrienationen genannt. Afrika wird als reiner „Rohstofflieferant“ gesehen, der auf ausländische Investitionen angewiesen ist. Außerdem verliert die Bundesregierung in ihrem Papier die Grundvoraussetzungen für die erfolgreiche Teilhabe der afrikanischen Bevölkerung an der weltwirtschaftlichen Entwicklung weitgehend aus den Augen: Ohne Ernährungssicherheit, ein funktionierendes Gesundheits- und Bildungssystem und eine lebendige, kritische Zivilgesellschaft wird ein Großteil der Afrikaner auch weiter auf der Verliererseite der Globalisierung stehen. Wer wirtschaftliche Entwicklung als Schlüssel zur Armutsbekämpfung darstellt, muss auch in die Bildung und Gesundheit der Armen investieren, damit diese eine Chance haben, als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer an dieser Entwicklung teilzunehmen. Wer verantwortungsvolle Regierungsführung fordert, muss auch die Zivilgesellschaft stärken.

Die Paris-Deklaration fordert die Entwicklungsländer auf, nationale Entwicklungsstrategien als Grundlage der internationalen Zusammenarbeit zu entwerfen. Hier sind die NRO gefordert: Sie müssen ihre Partnerorganisationen unterstützen, damit diese ihre Einbeziehung in Planungs und Begleitprozesse der Politikentwicklung einfordern und kompetent nutzen können. Die Partizipation der Zivilgesellschaft ist angesichts der internationalen Zielsetzungen, mehr Eigenverantwortung der Entwicklungsländer einzufordern und vermehrt auf Budgethilfe zu setzen, von zentraler Bedeutung. Denn ohne funktionierende Parlamente und eine mitdenkende, kritische Zivilgesellschaft öffnet Budgethilfe der Korruption Tür und Tor. Die geforderte verantwortungsvolle Regierungsführung, muss – um nachhaltig zu sein – von innen wachsen statt nur von außen als Konditionalität auferlegt zu werden.

EIN BLICK VORAUSS: DIE ROLLE DER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Die basisnahe, partnerschaftliche und auf Grundbedürfnisse ausgerichtete Arbeit der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen ist daher von besonderer Bedeutung für die Armutsbekämpfung und Entwicklung. Durch ihre internationale Projektarbeit im Bereich der humanitären Hilfe, Grundbildung oder der Gesundheitsförderung legen sie den Grundstein für eine starke, kritische Zivilgesellschaft, die sowohl am demokratischen als auch am wirtschaftlichen Prozess teilhaben kann. Für ihre Entwicklungszusammenarbeit setzten allein die VENRO-Mitgliedsorganisationen weltweit etwa eine Milliarde Euro pro Jahr ein. Sie stehen im engen, direkten Kontakt mit ihren Partnern im Süden und kennen die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen. Ihre Forderungen können direkt aufgegriffen und in der eigenen Lobbyarbeit berücksichtigt werden. So vertreten die VENRO-Mitgliedsorganisationen mit der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ die wichtige Forderung ihrer Süd-Partner, der Armutsbekämpfung politisch mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist daher auch ein Erfolg der NRO, dass Armutsbekämpfung auf der Agenda des G8-Gipfels in Heiligendamm stehen wird.

VENRO und die deutschen Nichtregierungsorganisationen sind gut gerüstet, den G8-Prozess weiter kritisch zu begleiten. Im Rahmen einer G8-NRO-Plattform trifft sich die vielfältige deutsche NRO-Szene regelmäßig zum Austausch und zur Koordination gemeinsamer Aktionen. Auf Konzerten, Großdemonstrationen, Informationsveranstaltungen und bei Podiumsdiskussionen werden NRO in Deutschland ihre Standpunkte vertreten. Thematische NRO-Bündnisse wie das „Forum Umwelt und Entwicklung“, „Gerechtigkeit jetzt!“ oder das „Aktionsbündnis gegen Aids“, die von vielen VENRO-Mitgliedsorganisationen getragen werden, verfügen über eine hohe Fachkompetenz und werden sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass wichtige Forderungen, wie der Einsatz erneuerbarer Energien, ein gerechter Welthandel oder die Bekämpfung von HIV/Aids auf dem G8-Gipfel und danach mehr Beachtung finden. Dabei werden sie auch ihre inter-

nationale Vernetzung nutzen. „Deine Stimme gegen Armut“ ist Teil der weltweiten Kampagne „Global Call to Action against Poverty“, dessen britischer Ableger „Make Poverty History“ auch den G8-Gipfel in Gleneagles medienwirksam begleitet hat. VENRO ist zudem Mitglied des europäischen Dachverbandes CONCORD und steht in engem Kontakt mit den Dachverbänden entwicklungspolitischer NRO der G7-Staaten (G7 NGO Coalition). Im Zuge der Harmonisierungsbestrebungen in der Entwicklungszusammenarbeit sind solche nationalen und internationalen Foren zur Abstimmung und Koordination unabdingbar. Angesichts der Debatte um die Paris-Deklaration und der versprochenen Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 werden die NRO nicht umhin kommen, ihr eigenes Instrumentarium zur Koordination, Umsetzung und Wirkungsbeobachtung ihrer Projekte und Programme zu überprüfen. ■

FAZIT

■ ■ ■ Von Gleneagles nach Heiligendamm: Die Entscheidung der Bundesregierung, Armutsbekämpfung und die Entwicklung Afrikas wieder in den Blickpunkt der G8 zu rücken ist erfreulich. Auch die „Botschaft des Vertrauens in die Zukunft Afrikas“ ist ein richtiges und wichtiges Signal. In der NRO-Lobbyarbeit kommt es nun darauf an, möglichst zielgerichtet und effektiv zu kooperieren, damit den Ankündigungen der Bundesregierung auch Taten folgen. Es muss verhindert werden, dass sich die G8-Staaten hinter den Forderungen nach Investitionen in die Wirtschaft verstecken und sich ihrer eigenen Verantwortung für globale Gerechtigkeit entziehen. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN:

Claudia Warning ist Vorsitzende des VENRO-Vorstands und Mitglied des Vorstands des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).
sekretariat@venro.org

Lackmustest für die Millennium-Entwicklungsziele

DER WELTWEITE KAMPF GEGEN AIDS – EINE STANDORTBESTIMMUNG VOR DER DEUTSCHEN G8-PRÄSIDENTSCHAFT VON KATJA ROLL

Die Stärkung der afrikanischen Gesundheitssysteme und der Kampf gegen HIV/Aids gehören zu den Anliegen des deutschen G8-Gipfels vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm. Auf der Tagesordnung, die die Bundesregierung am 18. Oktober 2006 vorgestellt hat, werden sie als Teilaufgaben zur Erreichung des Ziels von „Wachstum und Verantwortung in Afrika“ genannt. Es geht in der Tat um Verantwortung, nämlich um die für Leben und Überleben: Jeden Tag vierzehntausend neue Infektionen, täglich achttausend Todesfälle in Folge von HIV/Aids beziehungsweise aufgrund des fehlenden Behandlungszugangs, fünfzehn Millionen Kinder ohne Mutter, ohne Vater oder als Vollwaisen. Dies ist die Bilanz der weltweiten HIV/Aids-Epidemie in Zahlen. Dahinter stehen Millionen persönliche Schicksale und die kontinuierliche Verschlechterung der Entwicklungschancen ganzer Länder und Kontinente.

Der Human Development Report 2005 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) beschreibt HIV/Aids als die größte Rückwärtskraft für die menschliche und menschenwürdige Entwicklung. Der Ausbau wirksamer Prävention und die Behandlung von 6,5 Millionen Menschen mit lebensverlängernden antiretroviralen Therapien wird zum Lackmustest für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Auf dem Spiel stehen dabei längst nicht mehr allein die öffentliche Gesundheit und die Entwicklung in Afrika. HIV/Aids

breitet sich in allen Weltregionen aus. Besonders betroffen sind junge Frauen und Mädchen, die weltweit schon jetzt mehr als 50 Prozent der jährlichen Neuinfektionen ausmachen. Um das sechste Millennium-Entwicklungsziel zu erreichen und die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand zu bringen, müssen Politiker in reichen und ärmeren Ländern deutlich mehr Mut und Verantwortung zeigen.

ANSTRENGUNGEN REICHEN NICHT AUS

Seit sich die UN-Mitgliedsländer auf der ersten Sondergeneralversammlung zu HIV/Aids im Juni 2001 auf eine konsequente Ausweitung der weltweiten Aids-Bekämpfung verpflichtet haben, konnten deutliche Fortschritte erzielt werden. So entwickelten 90 Prozent der UN-Mitgliedsländer in den vergangenen Jahren sektorübergreifende Pläne zum Auf- und Ausbau von Prävention, Behandlung und Pflege. Die weltweite finanzielle Unterstützung für die Eindämmung von HIV/Aids konnte seit 2001 vervierfacht werden. 2005 standen weltweit acht Milliarden US-Dollar für die Aids-Bekämpfung zur Verfügung, ein Drittel davon brachten die Entwicklungsländer aus eigenen Gesundheitsbudgets auf. Damit konnten Beratungs- und Testangebote im gleichen Zeitraum von vier auf 16,5 Millionen Menschen ausgeweitet werden. Durch die drastische Preisreduzierung für Einstiegsmedikamente in Folge des Wettbewerbes mit generischen Nachahmerprodukten konnte die Zahl der Menschen, die in Entwicklungsländern eine HIV-Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten erhält, verfünffacht werden. Pilotprojekte – vielerorts von NRO initiiert und umgesetzt – haben gezeigt, dass Prävention und Behandlung auch in strukturschwachen Regionen erfolgreich funktionieren können.

Angesichts des Ausmaßes und der Geschwindigkeit der Epidemie reichen diese bisherigen Erfolge jedoch bei weitem noch nicht aus. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation vom August 2006 können drei Viertel der Aids-Patienten in ärmeren Ländern bislang nicht behandelt werden. Die Behandlung von Übertragungsvermeidung von Mutter zu Kind – in Industrieländern Standard – steht weltweit weniger als zehn Prozent der Bevölkerung zur Verfügung. Das gilt auch für Informations- und Schutz-



Günstige Medikamente sind eine zentrale Herausforderung für die HIV-Behandlung in ärmeren Ländern.

massnahmen für Menschen in besonderen Risikosituationen. Bestehende Präventions- und Behandlungsangebote erreichen bislang vor allem Menschen in Stadtgebieten und diejenigen, die Zugang zu Gesundheits- und Bildungsangeboten haben. Sozial und wirtschaftlich marginalisierte Gruppen bleiben meist außen vor.

HANDLUNGSBEDARF IST KONSENS

Die Übernahme von Mitverantwortung für die weltweite Aids-Bekämpfung durch die reichen Länder ist politischer Konsens: Seit 2001 nannten die G8 jedes Jahr ein neues Versprechen zur Eindämmung von HIV/Aids. 2005 verpflichteten sich die G8-Regierungschefs, bis zum Jahr 2010 ein umfassendes Paket zur HIV-Prävention, Behandlung und Pflege zu entwickeln. Bei der HIV-Behandlung soll der „Zugang für alle“ (*Universal Access*) ermöglicht werden. Eine der zentralen Herausforderungen sind weiterhin die Medikamentenpreise. Neuere patentgeschützte Präparate sind für HIV-Patienten in ärmeren Ländern aufgrund des von der Welthandelsorganisation (WTO) garantierten zwanzigjährigen Patentschutzes unerschwinglich. Nur ein umfassender WTO-Kurswechsel kann daher Aids-Medikamente für ärmere Länder zukünftig bezahlbar machen.

Zusätzlich müssen die Gesundheitssysteme gestärkt werden. Die Erfahrung zeigt, dass sich eine substantielle Ausweitung von Prävention und Pflege nur durch einen Quantensprung der Investitionen in die Gesundheitssysteme der am stärksten betroffenen Länder realisieren lässt. Dabei sind einerseits die Entwicklungsländer selbst gefragt: Der Aufbau von adäquaten Gesundheitsstrukturen sollte eine Priorität ihrer Politik werden. So sollten die afrikanischen Regierungen endlich ihr 2001 in der „Abuja-Erklärung“ gegebenes Versprechen einlösen und 15 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Gesundheitsarbeit einsetzen. Aber ohne internationale Unterstützung wird es nicht gelingen, die Gesundheitssysteme umfassend und zeitnah auszubauen. Dieser Realität trug dem Millennium-Projekt Rechnung, das 2005 empfahl, in den afrikanischen Ländern mindestens ein Drittel der zusätzlichen Entwicklungshilfe zur Erreichung der MDGs in Gesundheitsarbeit zu investieren.

AIDS-POLITIK OHNE KLARE STRATEGIE

Die zentrale Herausforderung bleibt die Umsetzung der internationalen Versprechen zur Erhöhung der finanziellen Hilfe für die ärmeren Länder. Nach Schätzungen von UNAIDS und der WHO werden 2007 18,1 Milliarden US-Dollar für die Aids-Bekämpfung benötigt. Auf Basis der aktuellen Finanzierungszusagen fehlen davon mindestens zehn Milliarden US-Dollar. Nichtregierungsorganisationen und Betroffene hatten große Hoffnungen auf die zweite UN-Sondersitzung zu HIV/Aids (UNGASS) im Juni 2006 gesetzt. Dass sie ohne konkrete Zeit- und Finanzierungspläne und ohne Festschreibung messbarer Ziele für die Ausbildung zusätzlicher Gesundheitsfachkräfte endete, war eine herbe Enttäuschung und eine verpasste Chance.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Kampagnen stehen nun vor der Herausforderung, verantwortliche PolitikerInnen dazu zu bewegen, dieses Versäumnis 2007 nachzuholen und verbindliche Umsetzungspläne festzulegen. Das *Aktionsbündnis gegen Aids* startete im Oktober 2006 die Kampagne „Gesundheit kommt nicht von allein!“. Die Unterschriftenaktion richtet sich an die Regierungen Südafrikas, Deutschlands und Russlands. Zentrale Forderung ist die konsequente Stärkung der Gesundheitsversorgung für Menschen mit HIV/Aids. Eine grundsätzliche Voraussetzung hierfür ist in allen drei Ländern eine deutliche Ausweitung der finanziellen Unterstützung. Bundeskanzlerin Merkel hat angekündigt, dass Unterstützung für Afrika beim deutschen G8-Gipfel auch über finanzielle Hilfe hinaus diskutiert und geplant werden soll. Unterdessen scheitert die Umsetzung dringender Gesundheitsprogramme an „Gebermüdigkeit“. Der deutsche Beitrag für die Aids-Bekämpfung in wirtschaftlich benachteiligten Ländern wird unter Berücksichtigung aller Finanzierungsinstrumente für 2004 auf rund 170 Millionen Euro (212 Millionen US-Dollar) geschätzt (Zur Herleitung vgl. Aktionsbündnis gegen Aids, Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort, Tübingen Mai 2006. Für 2005 und 2006 stehen zurzeit leider noch nicht alle erforderlichen Daten für eine Gesamtschätzung zur Verfügung). Gemessen am Finanzierungsbedarf von 18,1 Milliarden US-Dollar und Deutsch-

FAZIT

■ ■ ■ Der deutsche G8-Gipfel ist eine neue Chance für die Bundesregierung und die reichen Industrieländer, im Rennen um die Eindämmung von HIV/Aids endlich aufzuholen. Dass es dabei nur um Aids in Afrika gehen soll, erscheint in Anbetracht der weltweiten Epidemie nicht konsequent. Wenn die Bundesregierung und die anderen G8-Regierungen konkrete Hilfe leisten möchten, muss der Gipfel Zeit- und Finanzierungspläne für den Ausbau der Gesundheitssysteme sowie die Aufstockung der Aids-Mittel beschließen. Dazu gehören auch deutlich höhere finanzielle Zusagen der Bundesrepublik. Die deutsche Einladung zu einer Wiederauffüllungskonferenz des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria im September 2007 ist dafür eine geeignete Gelegenheit und bietet die Chance, einen Rückzug aus der internationalen Verantwortung zu verhindern. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN:

Katja Roll ist politische Koordinatorin des bundesweiten Aktionsbündnisses gegen Aids. roll@aids-kampagne.de

Literatur:

- Aktionsbündnis gegen: Aids, Globale Krise und Deutschlands Beitrag zur Globalen Antwort, Tübingen, Mai 2006
- Organization of African Unity: Abuja Declaration on HIV/Aids, Tuberculosis and other related infectious diseases, Abuja, Nigeria, April 2001
- United Nations: Declaration of Commitment on HIV/Aids, Global Crisis - Global Action, New York, Juni 2001
- United Nations Development Programme: Human Development Report 2005, New York 2005
- United Nations: Declaration of Commitment on HIV/Aids: five years later, Report of the Secretary-General, New York, März 2006
- World Health Organization: Towards Universal Access by 2010, How WHO is strengthening health services to fight HIV/Aids, 2006

lands Anteil am Bruttonationaleinkommen der Industriestaaten, sollte der deutsche Beitrag 2007 mindestens 800 Millionen Euro betragen. Auf der Weltaidskonferenz im August 2006 in Toronto hat Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul eine Erhöhung des deutschen Beitrags um 100 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2007 angekündigt und diese Notwendigkeit in der ersten Lesung zum Bundeshaushalt 2007 vorgetragen. Viel Unterstützung hat sie dabei nicht erfahren. Während die Aids-Mittel im Rahmen der bilateralen Kooperation um 20 Millionen Euro anstiegen, sollen beim Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bereits zugesagte Gelder gestrichen werden. Dieser Politik fehlt nicht nur eine klare Strategie, sondern auch die Verantwortung für Leben und Entwicklung. ■

TREATMENT
NOW!

Wir können die Armut zur Geschichte werden lassen

EIN PLÄDOYER VOR DER DEUTSCHEN PRÄSIDENTSCHAFT VON EUROPÄISCHER UNION UND G8 VON KUMI NAIDOO

In den letzten zwei Jahren hat sich der Ansatz vieler Organisationen, die sich für die Bekämpfung der weltweiten Armut engagieren, drastisch verändert. Netzwerke, von Glaubensgemeinschaften getragene Gruppen, Volksbewegungen, Gewerkschaften und gemeinnützige Organisationen haben sich zur größten Koalition gegen Armut zusammengeschlossen, die es je gegeben hat: der Weltweiten Aktion gegen Armut. An ihr beteiligen sich nationale Koalitionen in mehr als 100 Ländern – in Deutschland unter dem Motto „Deine Stimme gegen Armut“.

Soweit ich mich erinnern kann, hat es seit meiner Zeit als Anti-Apartheid-Aktivist in meinem Heimatland Südafrika in den 1980er-Jahren nicht mehr eine solche einheitliche Zielsetzung und einen so starken Wunsch nach Zusammenarbeit gegeben. Und der Beweggrund für die-



Nelson Mandela bei der Auftaktveranstaltung zur Weltweiten Aktion gegen Armut im Februar 2005 in London

ses Zusammenrücken ist ein ganz einfacher: Die Regierungen sollen gezwungen werden, Armut und Ungleichheit ein Ende zu setzen. Nelson Mandela hat es im letzten Jahr so ausgedrückt: „Die Weltweite Aktion gegen Armut kann sich als öffentliche Bewegung neben dem Kampf zur Abschaffung der Sklaverei und der internationalen Solidarität gegen die Apartheid einen Namen machen.“

In der Öffentlichkeit und selbst innerhalb unserer eigenen Organisationen sind viele noch skeptisch. Sie haben das Gefühl, dass bereits zu oft das Ende der Armut verkündet wurde, es aber nie kommen wird. Doch eine Reihe von Ländern hat bereits die Armut ausgemerzt, und mit den nötigen Ressourcen und politischen Handlungskonzepten können andere ihrem Beispiel folgen. Nie war dies dringender, denn das Ausmaß menschlichen Leidens hat unfassbare Proportionen angenommen. Extreme Armut kostet jeden Monat rund eineinhalb Millionen Menschen das Leben. Sie sterben, weil in den Slums von Großstädten sauberes Wasser fehlt, weil die Basisgesundheitsversorgung in Dörfern nicht ausreicht und die Nahrungsmittelversorgung wegen unfairer Handelsregeln unsicher ist. Ursache sind auch zahlreiche Konflikte, zu denen die Verbreitung von Kleinwaffen beiträgt.

Der Kampf gegen extreme Armut und Ungleichheit ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Das Ausmaß der Tragödie ist jetzt so groß, dass durch extreme Armut, auch wenn es kaum vorstellbar ist, in den letzten zehn Jahren mehr Menschen gestorben sind als in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen. Bei der Mehrzahl derjenigen, die sterben, handelt es sich um Kinder, deren einziger Fehler darin besteht, am falschen Ort geboren worden zu sein. Diese Tragödie kann verhindert werden.

Die Menschen in Afrika, Asien, Amerika und Europa wurden durch das Gefühl vereint, dass wir die Generation sind, die dies beenden kann. Greifbare Ergebnisse der Kampagne sind bislang der EU-Stufenplan zur Erfüllung des 35 Jahre alten Versprechens der Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens sowie ein vollständiger Schuldenerlass, zumindest für einige der am stärksten verschuldeten Länder. Diese Veränderungen werden Millionen Men-

schlenleben retten. Aber wir können und müssen darüber hinausgehen, um die Millionen weiterer Frauen, Männer und Kinder zu retten, die im nächsten Jahrzehnt sterben werden, wenn wir nicht handeln. Im Bereich der Handelspolitik müssen unbedingt ernsthafte Schritte unternommen werden. Wir brauchen kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung und Bildung für alle. Der Schuldenerlass muss auf andere Länder ausgeweitet werden, die ihn dringend benötigen.

Der deutschen Öffentlichkeit und den deutschen Nichtregierungsorganisationen kommt eine besondere Bedeutung zu. Im Oktober dieses Jahres konnten wir miterleben, wie sich innerhalb von 24 Stunden weltweit mehr als 23 Millionen Menschen erhoben, um die Staats- und Regierungschef zum Handeln aufzufordern. Gleich wie viele Millionen sich jedoch in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammenschlossen: Wenn in den maßgeblichen Ländern im Norden kein Druck ausgeübt wird, werden ihre Stimmen kein Gehör finden. Mit der Präsidentschaft der G8-Staaten und der Europäischen Union fällt Deutschland eine außerordentlich einflussreiche Rolle zu. Weil gleichzeitig die Europäische Union näher an die Zielvorgabe von 0,7 Prozent für die öffentliche Entwicklungshilfe heranrückt, bietet sich uns eine echte Chance. Wenn es uns gelingt, diese neuen Ressourcen mit Effizienz und effektiv koordiniert zusammenzuführen, können wir wirklich etwas bewirken. Wir können für alle zugängliche Gesundheits- und Bildungssysteme aufbauen, ein gerechteres Handelssystem schaffen und funktionierende Rüstungsbeschränkungen konzipieren.

Ich habe Verständnis für die Bedenken von Skeptikern, denn ich beteilige mich seit Jahrzehnten an diesem Kampf, und manchmal fällt es schwer, Fortschritte zu erkennen. Doch wir verfügen heute über die nötigen finanziellen und technologischen Mittel, um die extreme Armut endgültig auszumerzen. Natürlich muss selbst in Europa noch mehr zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit getan werden. Dennoch gibt es auf diesem Kontinent kaum noch so eine extreme Armut, dass fünfjährige Kinder sterben müssen, weil ein Impfstoff im Wert von fünf Cent fehlt, oder dass auch die ärmsten Kinder

Schulgeld zahlen müssen oder dass etwa 80 Millionen Kinder nie die Schule besuchen können und weder Lesen noch Schreiben lernen. Jetzt braucht die Welt Europas Hilfe, um die Geißel der extremen Armut auszumerzen, die Europa selbst jahrhundertlang niedergehalten hat.

Die benötigten Mittel sind vergleichsweise gering: Mit dem Geld für die Beschaffung eines einzigen Eurofighters könnten wir 1.000 Grundschulen bauen. Mit dem, was die Europäer für Speiseeis ausgeben, könnten wir mehreren Millionen Menschen die lebenswichtige Aids-Behandlung zukommen lassen. Wir brauchen nicht großartig Verzicht zu üben, um diese alltägliche Katastrophe zu beenden.

Skeptiker behaupten, dass die Regierungen auch nicht handeln werden, selbst wenn klar ist, dass wir es uns leisten könnten und es sich um eine moralische Frage handelt. Dabei sollte man nicht vergessen, dass wir bereits wichtige Errungenschaften erkämpft haben: von den Bürgerrechten in Amerika bis zum Ende der Apartheid in Südafrika. Viele hielten auch das für unerreichbar, aber als genügend Menschen den Wandel forderten, mussten die Regierungen handeln. Als sich 1999 Tausende Deutsche mit Millionen auf der Welt solidarisch erklärten, durften wir Zeugen eines Durchbruchs auf dem G8-Gipfel in Köln werden: Dies ist ein Schuldenerlass, der funktioniert hat und durch den Millionen die Schule besuchen können und durch den Gesundheitssysteme verbessert wurden. Um die Armut zu beseitigen, müssen wir dies ausweiten und weitere Veränderungen auf dem Weg zu einer ausgeglicheneren und gerechteren Welt herbeiführen. Und wir müssen uns ständig in Erinnerung rufen, dass wir auch das verändern können, was einmal unveränderbar erschien.

Die Frage lautet nicht, ob wir es schaffen können, sondern wie rasch wir genug Menschen hinter uns versammeln können, damit wir es schaffen. An diesem Punkt kommt jede und jeder Einzelne ins Spiel. In welcher Form auch immer man sich beteiligt – ob als Freiwilliger, Direktor, studentischer Aktivist oder Spender –, wir müssen alle mit einer Stimme sprechen und fordern, dass etwas geschieht. Wir müssen auch an weiteren Themen arbeiten, aber ich appelliere an alle, die sich – mit welcher Vorgeschichte und welchem Beweggrund auch immer – für

eine gerechtere Welt einsetzen: Unterstützt auch „Deine Stimme gegen Armut“ und schließt euch mit Millionen anderen auf der ganzen Welt der Weltweiten Aktion gegen Armut an.

Wir können uns nicht immer wieder über das Fernsehen an die Öffentlichkeit wenden und ihr vorgaukeln, dass die Armut mit einer kleinen Spende beendet werden kann, wenn wir nicht gleichzeitig gemeinsam handeln, um politische Veränderungen durchzusetzen, die sicherstellen, dass es ein dauerhaftes Ende sein wird. Wir müssen weiter Gelder für Katastrophen und für Menschen sammeln, die jetzt leiden und sterben, aber wir müssen auch das notwendige staatliche Handeln einfordern. Bei Ereignissen wie dem Tsunami in Südostasien haben wir gesehen, wie großzügig die Bevölkerung in Europa und insbesondere in Deutschland sein kann. Wir wissen aus Meinungsumfragen, dass die meisten Menschen die Armutsbekämpfung unterstützen, wenn die Fakten und die Kosten klar auf der Hand liegen. Wir müssen unsere Forderungen artikulieren und alle mobilisieren, die ein Ende der Armut herbeiwünschen. Einigkeit macht uns stark, und wenn alle, die den Wandel wollen, zusammenstehen, werden wir Erfolg haben.

Allein an diesem Tag sterben 50.000 Menschen infolge von Armut, 30.000 davon Kinder. Um ihrer willen und um unserer selbst willen müssen wir aktiv werden. Wir müssen die Armut zur Geschichte werden lassen. Kein Kind sollte heute infolge von Armut gestorben sein – nicht 30.000, nicht 3.000, nicht eines. ■

FAZIT

■ ■ ■ Extreme Armut kostet jeden Monat ungefähr eineinhalb Millionen Menschen das Leben. Wenn wir gemeinsam handeln, können wir dies ändern. Wir haben Fortschritte in Form von höherer öffentlicher Entwicklungshilfe und Schuldenerlassen erreicht, aber wir benötigen auch ernsthafte Maßnahmen in den Bereichen Handelspolitik, öffentliche Gesundheitsversorgung und Bildung. Darüber hinaus muss der Schuldenerlass auf weitere Länder ausgeweitet werden, die ihn dringend benötigen. Im Oktober erhoben sich mehr als 23 Millionen Menschen, um die Staats- und Regierungschef auf der Welt zum Handeln aufzufordern. Unabhängig davon müssen wir uns weiterhin bemühen, alle diejenigen zusammenzubringen und zu mobilisieren, die der Armut ein Ende setzen wollen. Wenn wir zusammenstehen, werden wir erfolgreich sein. ■ ■ ■



ÜBER DEN AUTOR:

Kumi Naidoo ist Generalsekretär von CIVICUS World Alliance for Citizen Participation. Er gehört zu den Gründern der Weltweiten Aktion gegen die Armut (Global Action against Poverty – GCAP), deren Sekretariat derzeit bei CIVICUS angesiedelt ist.
kumi.naidoo@civicus.org

ÜBERSETZUNG: Klaus Birker

Der englische Originaltext steht unter www.venro.org/publikationen/kuminaidoo.pdf zur Verfügung.

Entwicklungszusammenarbeit und Sport – Zwei Welten?

Entwicklungszusammenarbeit und Sport. Eine ungewöhnliche Kombination, die in der Projektarbeit bereits Realität ist. Seit Jahren setzen Sportinstitutionen und entwicklungspolitische Organisationen Sport ein, um Entwicklung zu fördern. Doch Teamwork zwischen Sport und Entwicklungszusammenarbeit hat Seltenheitswert. Sportprojekte sind Ausnahmereisnerungen und im Bewusstsein von Öffentlichkeit und Experten spielt die entwicklungsfördernde Kraft des Sports so gut wie keine Rolle.

2005 trat das Internationale Jahr des Sports und der Leibeserziehung an, um das zu ändern. Das UN-Jahr machte weltweit auf die Potenziale von Sport als Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit aufmerksam. In Deutschland bot die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft 2006 ein ideales Spielfeld, um diesen Ball aufzunehmen. Organisa-

tionen, Initiativen und Kampagnen schlugen thematische Brücken zwischen dem Fußball-Megaevent und entwicklungspolitischen Fragen.

Auch das VENRO-Projekt „Entwicklung und Sport“ hat die Vorlage aus dem UN-Jahr des Sports aufgegriffen – natürlich im Team mit Partnern aus der Welt des Sports, der Entwicklungszusammenarbeit, der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Medien. Eine Fachtagung und eine Sommerakademie sind Fragen zur entwicklungspolitischen Dimension des Sports nachgegangen: Welche Rolle spielt Sport in der Entwicklungszusammenarbeit? Welche Potenziale hat er als Mittler in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit? Das Projekt war der Anstoß zu einem Austausch und hat innovative Ansätze durch Sport im Globalen Lernen ins Spiel gebracht. Mehr Informationen unter www.entwicklung-und-sport.de.



Teamwork oder Einzelkampf?

POTENZIALE UND GRENZEN DER KOOPERATION ZWISCHEN SPORT UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT. ERFAHRUNGEN AUS DEM INTERNATIONALEN JAHR DES SPORTS VON MICHAEL KLEINER

April 2004: Mit Unterstützung der Schweizer Regierung wird in Genf ein Büro bei den Vereinten Nationen eingerichtet. Es soll für das Internationale Jahr des Sports und der Leibeserziehung 2005 (IYSPE) werben und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Unterorganisationen, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen, ihren Mitgliedsstaaten, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und dem Privatsektor koordinieren. Oberstes Ziel: Das UN-Jahr soll beweisen, dass Sport ein wichtiger Faktor für die Förderung von Gesundheit, Bildung, Frieden und Entwicklung im weitesten Sinne ist.

Oktober 2006 – ein Blick zurück: Was sind die Ergebnisse und Erkenntnisse nach dem Internationalen Jahr des Sports 2005? Wie lässt sich die Theorie, dass Sport eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Welt spielen kann, in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Entwicklung und Friedensförderung konkret umsetzen? Lassen Sie

mich am Ende beginnen. Das IYSPE 2005 endete mit einem „Call to Action“, mit dem alle gesellschaftlichen Akteure aufgerufen wurden, Sport in ihren Programmen zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Der Aufruf appelliert an alle Beteiligten, in einen Dialog über Vorstellungen, Ziele und Handlungsrahmen zum Aufbau globaler Partnerschaften zugunsten von Sport und Entwicklung einzutreten. Denn der Ball rollt auch nach 2005 weiter, und dabei sollen möglichst viele gesellschaftliche Gruppen mitspielen. Was ist der Zwischenstand nach dem UN-Jahr des Sports?

Unter der Leitung des Sonderberaters von Kofi Annan für „Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden“, des früheren Schweizer Bundespräsidenten Adolf Ogi, wendete sich das IYSPE-Team zuerst an die Regierungen, um sie von der Bedeutung der von ihnen auf der UN-Vollversammlung im November 2003 verabschiedeten Resolution



zur Rolle des Sports für Entwicklung zu überzeugen und sie dazu zu bewegen, Ressourcen für ihre Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Regierungen wurden zu den dynamischsten Partnern bei der Organisation von Konferenzen zu Kernthemen wie „Sport und Gesundheit“ oder „Sport und Bildung“. Diese Veranstaltungen trugen dazu bei, die Wissensbasis zum Thema Entwicklung und Sport zu verbreitern. Es erwies sich jedoch als schwierig, die Regierungen davon zu überzeugen, Sport in den Kern ihrer internationalen Entwicklungs- und Kooperationspolitik zu integrieren. Die Hoffnung, Entwicklungsländer würden Sport in ihre neu formulierten Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung (PRSP) aufnehmen, erfüllte sich kaum. Zu groß waren hier die Befürchtungen, den Unmut der Geber zu erregen. Die Entwicklungsländer beantragen bevorzugt Mittel für „bewährte“ Zwecke anstatt sich auf neue Themen einzulassen, die mit einem zu hohen Risikofaktor behaftet sind und andere Anträge gefährden könnten. Nichtsdestotrotz waren alle bereit, die wichtige Rolle von Sport in die PRSP aufzunehmen.

Auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben Sport eingesetzt, um die Reichweite ihrer Entwicklungsprogramme zu vergrößern und deren Ergebnisse zu verbessern. Die Rolle des kleinen IYSPE-Teams bei den UN war, NRO bei ihrer Suche nach finanzieller und institutioneller Förderung durch Regierungen oder UN-Organisationen zu unterstützen. Die Regierungen von Kanada und Norwegen zählten zu den ersten, die Programme spezialisierter NRO finanzierten. Diese Organisationen versuchten, unterschiedliche Ziele ausschließlich mit Hilfe von Sportprogrammen zu erreichen. So nutzte beispielsweise die internationale Hilfsorganisation „Right to Play“ in UNHCR-Flüchtlingslagern durch Sport und Spiel hervorgebrachte positive Emotionen, damit Flüchtlingskinder die Inhalte von Hygiene- und Gesundheitserziehung leichter verinnerlichen. In anderen Flüchtlingscamps wird Sport eingesetzt, damit sich segregierte oder gar verfeindete Gruppen besser kennen lernen, um so ein friedliches Miteinander im Lager zu erleichtern. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass es immer wieder NRO sind, die neue Ideen entwickeln, wie sich Sport in Projekte und Program-

me zur Förderung von Entwicklung, Gesundheit und Frieden integrieren lässt. NRO, egal ob sie ausschließlich oder nur gelegentlich mit Sportelementen arbeiten, haben unmittelbaren Kontakt mit den Menschen vor Ort und können ihre Arbeit und ihre Ergebnisse überzeugend vermitteln.

In den Industrieländern gibt es ein großes Bewusstsein und eine Bereitschaft, „neue“ Lösungswege für soziale Fragen und Entwicklungsprobleme einzuschlagen. Sport wird hier vielfach als ein geeignetes Mittel betrachtet, um jungen Menschen nach Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten oder sozialen Spannungen wieder zur Normalität zu verhelfen. Gleichzeitig fehlt es oft an politischem Willen, sich der Herausforderung zu stellen, Sport zu einem Partner bei der menschlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Entwicklung zu machen. Als Erklärung wurde oft auf das „Image-Defizit“ von Sport hingewiesen. Im Norden, und vor allem in Westeuropa und Nordamerika, gilt Sport als eine millionenschwere Unterhaltungsindustrie. Dieses Image verstellt häufig den Blick auf den erwiesenen Nutzen des Sporttreibens und auf den Großteil der Sportaktivitäten, die nicht kommerziell ausgerichtet sind.

In der Tat gibt es auch negative Aspekte von Sport, vor allem im Bereich des Spitzensports und seiner Kommerzialisierung. Im Sport ist sehr viel Geld in den Händen sehr weniger Personen konzentriert, vor allem bei Medienverträgen. Außerdem mangelt es an Transparenz hinsichtlich der Herkunft und der Verwendung von Sportgeldern. Die großen Sportverbände hegen keinen Zweifel daran, dass sie ein Anrecht auf steuerliche Sonderbehandlung haben, weil sie Gutes tun und Sport so nutzbringend ist. Werden sie jedoch gebeten, Projekte zur menschlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, sind sie hierzu nur sehr selten bereit, wenn ihre jeweilige Sportart nicht unmittelbar davon profitiert. Meist verstehen Sportorganisationen unter „Entwicklung“ nur die Entwicklung ihrer Sportart oder ihr internes Wachstum. Eine der wenigen Organisationen des organisierten Sports, die über den engen Horizont des Sports hinausblickt, ist das Internationale Olympische Komitee (IOK),

das ein deutliches Interesse an menschlicher, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung hat. Es ermutigt auch seine nationalen Komitees, bei Entwicklungsprogrammen mitzuwirken, insbesondere zugunsten der Bekämpfung von HIV/Aids und des Umweltschutzes. Das IOK hat außerdem Kooperationsvereinbarungen mit vielen der Unterorganisationen, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen abgeschlossen.

Eine weitere Sportorganisation, die Initiativen unterstützt, die über ihre eigene Sportart hinausgehen, ist die Vereinigung Europäischer Fußballverbände (UEFA). UEFA-Mittel für Entwicklungsprojekte stammen ganz überwiegend aus einem Fonds, in den Vereine und Verbände Strafen für ungebührliches Verhalten ihrer Spieler oder Fans einzahlen müssen. Auch wenn die Förderung von Entwicklungsmaßnahmen noch kein fester Posten im UEFA-Haushalt ist, besteht bei der UEFA-Führungsspitze ein großes persönliches Interesse an den unterstützten Projekten und Programmen – nicht zuletzt, da die bereitgestellten Beträge nicht unerheblich sind. Zu den geförderten Maßnahmen zählen beispielsweise die Special Olympics, das Netzwerk „Fußball gegen Rassismus in Europa“ (FARE) und Aktivitäten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Auch auf dem Privatsektor gibt es positive Entwicklungen des Verständnisses der sozialen Unternehmensverantwortung (CSR), die über reine Werbemaßnahmen und Marketing-Konzepte zur Erschließung neuer Märkte hinausgehen. Dabei ist es entscheidend, Win-Win-Situationen zu schaffen, damit private Unternehmen die Vorteile eines gemeinsamen Engagements mit Entwicklungsorganisationen für menschliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung erkennen. Nike hat sich als ein Unternehmen gezeigt, das bereit und willens ist, große Summen in die Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern zu investieren. Das Unternehmen eröffnet auf diese Weise beispielsweise somalischen Frauen in kenianischen Flüchtlingslagern den Zugang zu Sport und gibt Obdachlosen aus der ganzen Welt die Möglichkeit, durch die Teilnahme an der „Fußballweltmeisterschaft der Obdachlosen“ ihr Leben zu verändern. ■

FAZIT

■ ■ ■ Sport kann unser Leben positiv verändern, sei es in einem Flüchtlingslager oder in einer modernen Großstadt. Sport ist eine einzigartige Plattform, eine gemeinsame Sprache zum Aufbau friedlicher Kontakte, zum Austausch zwischen den Kulturen und bietet individuellen Nutzen für das persönliche Wohlergehen. Der große Vorteil von Sport liegt in seiner Fähigkeit, uns immer wieder zu überraschen und den Beharrlichen unter uns ständig neue Gelegenheiten für Neuentwicklungen zu bieten. Deshalb lohnt es sich, weiterzuarbeiten und mit den Bemühungen auch nach dem Internationalen Jahr des Sports 2005 nicht nachzulassen! Unser Ziel bleibt das bessere Verständnis aller Akteure für das enorme Potenzial, das Sport jenseits der reinen körperlichen Ertüchtigung hat. Während des Internationalen Jahres des Sports ist ein bedeutendes Netzwerk von Organisationen und anderen Sportunterstützern entstanden, die das IYSPE 2005 für ihre Arbeit genutzt haben und den Ball hoffentlich auch in den kommenden Jahren am Laufen halten. ■ ■ ■



ÜBER DEN AUTOR:

Michael Kleiner war von April 2004 bis Dezember 2005 UNO-Koordinator des Internationalen Jahr des Sports und der Leibeserziehung 2005. Zurzeit ist er Stellvertretender Generalsekretär für Sport im Kanton Genf und Koordinator des Austragungsortes Genf für die EURO 2008. michael.kleiner@etat.ge.ch

ÜBERSETZUNG: Klaus Birker, Dirk Bange

Entwicklung des Sports – Entwicklung durch Sport

INTERNATIONALE SPORTFÖRDERUNG UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
DES DEUTSCHEN OLYMPISCHEN SPORTBUNDS VON KATRIN MERKEL

Diplomaten im Trainingsanzug – so werden die im Ausland tätigen deutschen Sportexperten häufig genannt. Entsandt werden sie vom Deutschen Olympischen Sportbund, meist im Auftrag des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ unterstützen sie in den Partnerländern den Auf- und Ausbau ausgewählter Sportarten auf regionaler und nationaler Ebene. Sie bilden Trainer und Übungsleiter zur Förderung des Schul-, Breiten- und Leistungssports aus und beraten bei der Erstellung von Lehrmaterialien, in Organisations- und Strukturfragen von Sportverbänden und bei der Planung und Durchführung von Sportfesten, Wettkämpfen und Meisterschaften. Diese Initiativen des deutschen Sports begannen Anfang der sechziger Jahre. Seither wurden über 1.300 Projekte in über 100 Ländern durchgeführt, vorrangig in Entwicklungsländern. Federführender Projektträger ist der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) als Nachfolgeorganisation des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland.

Warum engagiert sich das Auswärtige Amt in der internationalen Sportförderung? Unter anderem, weil Sport einen schnellen, unmittelbaren und kostengünstigen positiven Imagetransfer ermöglicht. Herausragendes Beispiel hierfür ist die diesjährige Fußballweltmeisterschaft. Das vierwöchige Fußballfest hat Deutschland Sympathiewerte im Ausland verschafft, wie sie vorher niemand zu prognostizieren wagte. Die Entsendung deutscher Trainer und Experten steht daher nicht nur für die Vermittlung von Fachwissen und Know-how, sondern auch für einen Sympathiegewinn vor Ort und für eine Stärkung der bilateralen Beziehungen. In Einzelfällen kann der Sport als außenpolitisches Instrument ganz besondere Bedeutung erlangen: Nämlich dann, wenn er in Situationen eingeschränkter wirtschaftlicher oder politischer bilateraler Zusammenarbeit eine Basis des Austauschs jenseits traditioneller diplomatischer Kontakte bietet.

Neben der Stärkung bilateraler Beziehungen leistet diese Zusammenarbeit auch einen wichtigen Beitrag zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Partnerländern. Die Projektarbeit verfolgt das übergeordnete

Ziel, die allgemeine Lebensqualität der Zielgruppen zu verbessern. Denn der Sport ist mehr als Bewegung und Spiel: Die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung am Sport, seine völkerverbindende Kraft, das Fair-Play-Prinzip sowie Teamgeist und Einsatzwille können Lebensfreude wecken und Zukunftsperspektiven eröffnen. Über seinen integrativen Charakter erschließt der Sport insbesondere sozial benachteiligten Gruppen Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die Bedeutung des Sports für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft rückte insbesondere während des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahres des Sports und der Leibeserziehung 2005 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der DOSB engagierte sich im UN-Jahr unter anderem in den von der Tsunami-Katastrophe betroffenen Gebieten Südostasiens. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums des Innern führten deutsche Experten in Aceh (Indonesien) und Phuket (Thailand) Aus- und Fortbildungen für lokale Übungsleiter durch. Diese vermitteln den Jungen und Mädchen, die nach wie vor in Zeltlagern und provisorischen Unterkünften leben, über Sport und Bewegung neue Lebensfreude und fördern deren Eigeninitiative. In Kalutara, einer Küstenregion Sri Lankas, unterstützten deutsche Experten die lokale Bevölkerung bei der Herstellung von Toren, Basketballkörben und anderen Sportgeräten aus einfachen Materialien. Das diesjährige Folgeprojekt hat nicht nur gezeigt, dass die Jugendlichen die Anlagen häufig nutzen, sondern auch, dass die Bevölkerung inzwischen weitere Geräte gefertigt hatte.

Um Erfahrungen und Anstöße aus dem Internationalen Jahr des Sports aufzugreifen und die Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Sport weiterzuführen, haben VENRO und NOK für Deutschland am 4. Mai 2006 in Bonn eine gemeinsame Fachtagung mit dem Titel „Sport entwickelt“ veranstaltet. Dabei ging es nicht nur um Möglichkeiten und Chancen, sondern auch um Risiken und drohende Fehlentwicklungen bei der Verbindung von Sport und Entwicklungszusammenarbeit. Eine gemeinsame Erklärung von VENRO und NOK für Deutschland war Auftakt für die Fortsetzung der gemeinsamen

Initiative und eine Einladung zum weiteren Dialog über die Potenziale von Sport im Dienste von Armutsbekämpfung, nachhaltiger Entwicklung und Frieden. Sie richtet sich an Fachleute aus den Bereichen Sport, Entwicklungszusammenarbeit und Medien sowie Vertreter anderer gesellschaftlicher Interessengruppen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Kooperation zwischen Sport und Entwicklungszusammenarbeit in mehrfacher Hinsicht erfolgreich sein kann: Internationale Sportereignisse wie Olympische Spiele oder Fußballweltmeisterschaften bieten die Möglichkeit, im Inland eine breite Öffentlichkeit für entwicklungspolitische Fragen zu sensibilisieren. Bei der Arbeit in den Partnerländern kann über Sport ein Zugang zu Straßenkindern, Kindersoldaten und anderen Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit hergestellt werden. Sportförderung ist jedoch nicht nur Mittel zum Zweck, sondern kann selbst Bestandteil und Ziel der Entwicklungszusammenarbeit sein. Die bereits genannten Potenziale, die im Sport stecken, sind vielfältig. Dennoch ist Sport kein unproblematisches Allheilmittel, sondern ein Spiegel der Gesellschaft. So können, je nach sozialem Kontext, Geschlechterrollen durch Sport verstärkt und Integrationsbemühungen ins Gegenteil verkehrt werden. Projekte zur Entwicklung durch Sport müssen sich dieser Ambivalenz stellen und sie bei ihrer Umsetzung berücksichtigen.

Indem entwicklungspolitische NRO den Sport in ihrer Arbeit vermehrt aufgreifen, fördern sie einen spielerischen Ansatz zur Vermittlung von Werten und sozialen Kompetenzen. Gleichzeitig setzen sie damit ein politisches Zeichen, denn die Entwicklungspolitik des Bundes erkennt den Sport nicht als offiziellen Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit an. Nach zahlreichen Initiativen in den siebziger und achtziger Jahren wurden 2004 in Mosambik und Vietnam die letzten Sportprojekte durchgeführt. Seitdem besteht nur noch eine allgemeine Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den Bereichen Kultur, Gesundheitsprävention und Bildung, die keine Sportprojekte mehr ausweist.

Eine bedeutende Sportförderung in Entwicklungslän-



FAZIT

■ ■ ■ Das Interesse an der Entwicklung des Sports lässt sich unterscheiden vom Interesse an der Entwicklung durch Sport. Während beide Stoßrichtungen zunächst miteinander unvereinbar schienen, hat sich heute die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich beide Ansätze sehr gut ergänzen können. Nicht zuletzt teilen die Sportwelt und die Entwicklungsgemeinschaft gemeinsame Grundwerte. Entsprechend aufbereitet kann Sport der Persönlichkeitsentwicklung, der sozialen Integration, der Friedensförderung, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Mobilisierung und Gesundheitsprävention dienen. Wenn Projekte zur Entwicklung durch Sport den sozialen Kontext beachten und sich der ambivalenten Rolle von Sport stellen, so übertreffen die positiven Aspekte des Sports die negativen bei weitem. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTORIN:

Katrin Merkel ist Abteilungsleiterin des Bereichs Internationale Zusammenarbeit beim Deutschen Olympischen Sportbund. merkel@dosb.de

dern leistet das Internationale Olympische Komitee (IOC). Der Idee der olympischen Solidarität folgend, verwendet das IOC mehr als ein Viertel der über die Vermarktung der Fernsehrechte erwirtschafteten Einnahmen für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Sports in Entwicklungsländern. Hierzu zählt unter anderem die Unterstützung von Athleten, die in ihren Heimatländern trotz internationaler Hilfe kaum Trainingsmöglichkeiten vorfinden. Ihnen werden Trainingsmöglichkeiten geboten, ohne dass die Förderer einen Nationalitätenwechsel anstreben. Als Partner dieser IOC-Programme ist der DOSB derzeit Gastgeber junger Sportler aus Ghana, der Dominikanischen Republik, dem Irak und Mazedonien. Ein Resultat dieser Initiativen sind die Olympischen Spiele mit Teilnehmern aus 203 Nationen. Bei den Spielen in Tokio 1964 konnten nur Sportler aus 93 Ländern teilnehmen. Ein weiteres Ergebnis der Förderung ist, dass immer mehr Nationen in die Medaillenränge vordringen, auch wenn das Gefälle zwischen Nord und Süd nach wie vor groß ist. Der Fokus dieser Projekte liegt jedoch eindeutig auf der Verbesserung der Sportstrukturen und der Förderung der Teilnahme an internationalen Wettkämpfen – und nicht auf entwicklungspolitischen Aspekten. Der Beitrag, den entwicklungspolitische NRO leisten können, um den Sport auf die Straßen, in Siedlungen und Dörfer zu bringen, ist daher nicht zu unterschätzen. ■

Ein Kick für Kids?

SPORT IN DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT.

ERFAHRUNGEN MIT EINER KAMPAGNE RUND UM DEN FAIREN BALL VON JOACHIM VORNEWEG

Ein Ball ist leicht ins Spiel zu bringen. Selbst außerhalb eines sportlichen Umfelds gilt er als Sympathieträger. Er wirkt unschuldig und neutral – vielleicht, weil alle ihn treten? Eigentümlicherweise kann kaum jemand widerstehen, ihn anzufassen oder zumindest bei Zuwurf aufzufangen. Dadurch sind weitere Aspekte begreif- und thematisierbar: Wie und wo die Bälle hergestellt werden, welche Lebensbedingungen in Pakistan herrschen und dass die Arbeitsbedingungen dort oft nicht fair sind.

HANDEL UND SPORT – PARALLELEN, ABER AUCH UNTERSCHIEDE

Bestehende Regeln sind einzuhalten: Das ist die große Parallele zwischen Sport und Handel. Andernfalls ist damit zu rechnen, dass das Gegenüber an gemeinsamen Unternehmungen nicht weiter interessiert ist. Doch beim Handel können sich manche Partner die Freiheit nehmen, mit Rückzug zu drohen und so die Regeln zu ihren Gunsten zu verschieben. Oft kann es daher zu Ausbeutung kommen.

DER FAIRE HANDEL GEHT HIER ANDERE WEGE.

Die Ähnlichkeiten zwischen Handel und Sport bieten eine reizvolle Möglichkeit, Sport und Sportereignisse zum

Anlass zu nehmen, um den Fairen Handel als Alternative zum konventionellen Handel zu erklären. Das ist das Prinzip der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Kampagne Fair Play – Fair Life. Seit es Sportbälle aus Fairem Handel gibt, existiert ein Weg, auch denen, die sich nicht mit Entwicklungspolitik beschäftigen, den Fairen Handel vorzustellen. In der Sekundarschule steht Entwicklungspolitik in unterschiedlichen Fächern, Altersstufen und Schulformen zumindest kurz auf dem Lehrplan. Lehrer nehmen die Möglichkeit einer Verknüpfung mit aktuellen Themen gerne auf. Auch außerhalb der Schule finden sich Jugendliche immer wieder in Lernsituationen: Sportverein, freie Jugendarbeit und kirchliche Jugendarbeit sind nur drei Beispiele.

Zwei Dutzend Akteure der Eine-Welt-Arbeit aus Nordrhein-Westfalen hatten sich lange vor der Fußballweltmeisterschaft 2006 zusammengetan, um dem globalen Ereignis nicht-kommerzielle Aspekte und Themen zur Seite zu stellen. Mit der evangelischen Landeskirche und dem Landesministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz standen Institutionen an der Spitze, die bereits viele Erfahrungen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hatten. Eine solide Finanzierung über die Nordrhein-Westfälische



Schüler im Fußball-Sommerncamp „Drop-Kick“ 2006 in Bonn

Stiftung für Umwelt und Entwicklung ermöglichte eine Geschäftsstelle mit vier hauptamtlichen Mitarbeitern. Mit dem Beitritt des Westdeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verbands, kam ein ganz neuer Spieler ins Team der Eine-Welt-Szene. Seine Mitwirkung gab der Kampagne die sportliche Note und eröffnete viele Möglichkeiten, sie in Sportwelt hineinzutragen. Außerdem umfasste der Trägerkreis eine Reihe von Organisationen und Behörden, die ihr Engagement für den Fairen Handel mit der Kampagne auch in das Megaereignis Weltmeisterschaft einbringen wollten: Die Verbraucherzentrale, gepa, TransFair, das Eine-Welt-Netz NRW und die Stadtverwaltungen von Bonn, Dortmund, Gelsenkirchen und Köln.

„WAS ZÄHLT, IST AUF'M PLATZ“

Die Marke „Fair Play – Fair Life“ schaffte es in anderthalb Jahren, sich überall dort zu etablieren, wo es um die WM 2006 ging. Allerdings war mit dem Anpfiff des Eröffnungsspiels in München Schluss mit den willkommenen Nebenwirkungen der Weltmeisterschaft. „Was zählt, ist auf'm Platz“, heißt es nicht von ungefähr: Nach dem Anpfiff sind die Fans weder mit Bildungskampagnen noch mit didaktischen Materialien für einen gerechten Weltmarkt zu interessieren. Wenn sich ein „artfremdes“ Thema an ein Großereignis hängt, dann ist damit zu rechnen, dass das Großereignis bei seinem Eintreten wie ein Schwarzes Loch alles andere spurlos verschwinden lässt. Dem hatte die Kampagne vorgebaut, indem sie sich „am Spielfeldrand“ aufstellte: auf Fan-Festen, bei Großbildleinwänden, in den Austragungsorten der Fußballweltmeisterschaft in Nordrhein-Westfalen - Dortmund, Gelsenkirchen und Köln.

Entscheidend war die Zeit vor der Weltmeisterschaft. Hier war der Erfolg der sportlich-entwicklungspolitischen Bildung besonders groß:

- Zusammen mit dem Düsseldorfer Kinder- und Jugendtheater inszenierte Fair Play – Fair Life das Theaterstück „Der Ball ist rund“ neu. Der Globalisierungskrimi brachte Konsumkritik und Love-Story zu einem Happy End und ging vor der WM ein Jahr lang mit großem Erfolg auf Tournee: Die Vorstellungen waren rasch ausverkauft.

- Ohne virtuelle Existenz geht's nicht: Der Internet-Auftritt der Kampagne (www.fairplay-fairlife.de) bot Downloads, Film, Gewinnspiel, Kalender, ein Newsletter-Abonnement und alles, was üblich ist, und erfreute sich außergewöhnlich vieler Besucher.

- Der eigens gestaltete Kampagnen-Ball ließ das Motto der Kampagne „Bringt faire Bälle ins Spiel“ in einer Auflage von 3.900 Stück wahr werden.

- Eine umfangreiche Praxismappe bietet Arbeitsmaterialien und Informationen für Unterricht und Jugendarbeit.

- Die Galerie und Wanderausstellung „Ballkünstler: Künstlerball“ zeigte hundert von regionalen Künstlern gestaltete Bälle und Ball-Skulpturen. Sie waren aus bespielten Bällen geschaffen worden, die von Fußballvereinen gegen neue, Faire Bälle getauscht worden waren.

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Kampagnen-Konzepts war die paritätische Ausrichtung und Offenheit des Trägerkreises. Mit den großen Hilfswerken war sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche vertreten. Auf der Seite des Fairen Handels waren alle Importeure Fairer Sportbälle eingeladen und wurden in den Publikationen den Verbrauchern gleichwertig vorgestellt. Daneben war auch die Siegelorganisation TransFair eingebunden. Bis zum Schluss der Kampagne stand der Trägerkreis für neue Interessenten offen.

Andere Erfahrungen zeigten die Grenzen des Konzepts auf:

- Nach der Devise, dass zum fairen Sport auch ein Kleidungsstück aus Fairem Handel gehört, griff die Kampagne auch das Thema „saubere Kleidung“ auf. Doch die Zielgruppe wollte nicht viel davon wissen. Anscheinend sprechen Kleidungsstücke andere Interessen an als Sportgeräte.

- Obwohl sich Sportvereine freundlich ansprechen ließen und die Kampagnenideen interessiert aufnahmen, zeigten sie an der Umstellung von konventionellen auf Faire Bälle kein besonderes Interesse. Hier herrscht Pragmatismus: Jugendtrainer oder Materialwart verwenden lieber Bälle, die ihnen der Sponsor schenkt, und nicht solche, mit denen sich ihr globales Denken in lokales Handeln umsetzen ließe.

NACH DEM SPIEL IST VOR DEM SPIEL

Durch die zeitliche Begrenzung der Kampagne war das WM-Finale 2006 auch der Schlusspfeiff für Fair Play – Fair Life. Aber ihre Akteure nehmen Impulse mit und verwenden die Erfahrungen für ihre zukünftige Arbeit. Die nächste Fußball-Weltmeisterschaft wird 2010 in Südafrika ausgetragen. Zwischen Nordrhein-Westfalen und der südafrikanischen Provinz Mpumalanga besteht eine Partnerschaft, ebenso wie zwischen Bayern und Westkap und anderen Ländern und Regionen. Das nordrhein-westfälische Mpumalanga-Forum wird zur WM 2010 auch den Fairen Handel ins Zentrum seiner Arbeit stellen. Die Landesregierung wird ihre Partnerprovinz über das Integrationsministerium und über entwicklungspolitische Themen präsentieren – motiviert durch die erfolgreiche Bildungskampagne zur WM 2006 – und dabei auf die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft angewiesen sein.

Und bereits 2008 steht die Fußball Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz 2008 vor der Tür. Österreichische und Schweizer NRO sind in Kontakt mit Fair Play – Fair Life getreten, um von den nordrhein-westfälischen Erfahrungen zu profitieren. So bleibt der Ball rund und muss nicht neu erfunden werden. ■

FAZIT

■ ■ ■ Sport und Handel basieren auf Regeln für die beteiligten Parteien. Diese Verbindung zwischen den ansonsten eher unterschiedlichen Themenfeldern nutzte die Kampagne „Fair Play – Fair Life“, um Jugendlichen den Fairen Handel vor und während der Fußballweltmeisterschaft 2006 vorzustellen. Leitprodukt der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit war der Ball aus Fairem Handel. Durch den Vorlauf von zwei Jahren und den Zusammenschluss vieler Akteure aus der Welt der Eine-Welt-Arbeit, des Sports und des Fairen Handels in einem offenen Trägerkreis konnte die Idee des Fairen Handels breitenwirksam vorgestellt werden. Regionaler Schwerpunkt war Nordrhein-Westfalen, aber Erfahrungen mit Erfolgen und Grenzen des Kampagnenkonzepts setzten landesübergreifende Impulse für die bevorstehenden Europa- und Weltmeisterschaften. ■ ■ ■



ÜBER DEN AUTOR:

Joachim Vorneweg ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne Fair Play – Fair Life.
info@fairplay-fairlife.de

Allein machen sie Dich ein

NRO-BÜNDNISSE, ALLIANZEN UND NETZWERKE VON ULI POST

Nach einem chinesischen Sprichwort verwandeln sich Berge in Gold, wenn Brüder zusammenarbeiten. Es muss nicht unbedingt Gold sein, und ohne Schwestern geht es auch nicht. Dennoch: Unter Nichtregierungsorganisationen (NRO) hat in den letzten Jahren die Erkenntnis an Boden gewonnen, dass die Zusammenarbeit mit Brüdern, sprich: anderen NRO, durchaus nutzbringend sein kann. Die Zahl der NRO-Bündnisse, Allianzen und Netzwerke in Deutschland, Europa und weltweit ist in den letzten Jahren rasch gewachsen; eine Umkehr dieses Trends ist nicht zu beobachten und auch nicht zu erwarten. Es gibt kaum eine große oder mittelgroße deutsche NRO, die nicht Mitglied in einem Bündnis, einer „family“ oder Teil einer transnationalen NRO ist.

Die Bündnisse unterscheiden sich, etwa nach dem Grad der Verbindlichkeit der Mitglieder-Kooperation: es geht von losen Netzwerken bis hin zu kompletten Fusionen. Auch Übernahmen gibt es bereits, wenn auch noch nicht in Deutschland. Das deutsche „Aktionsbündnis gegen Aids“ ist ein Beispiel für einen vergleichsweise unverbindlichen Zusammenschluss von 70 Organisationen, die an einem Thema arbeiten, während die Integration der großen holländischen NRO Novib in Oxfam International und die damit verbundene Namensänderung in Oxfam Netherlands ein Beispiel für das andere Extrem ist. Bündnisse lassen sich auch nach ihren Oberzielen unterscheiden: Es gibt Themen-, Spenden- und Aktionsbündnisse sowie Netzwerke, Allianzen und Plattformen. Dabei geben die Namen des jeweiligen Zusammenschlusses nicht immer präzise Auskunft über die Form und die Ziele der Kooperation. Generell bedeutet ein Bündnis den Aufbau und die Pflege von Kontakten zu anderen Institutionen, zumeist NRO, mit einem gemeinsamen Ziel.

NATIONALE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENSCHLÜSSE

Nehmen wir als Beispiel **Themenbündnisse**, also Kooperationen, die den Fokus auf ein bestimmtes Schwerpunktthema richten. In Deutschland gibt es zahlreiche solcher Themenbündnisse, nur wenige Eingeweihte haben da noch den Überblick. Um nur einige große zu nennen:

- die Landminenkampagne mit 16 Mitgliedern,

- Gerechtigkeit Jetzt! mit 36 Mitgliedern,
- das Forum Menschenrechte mit 46 Mitgliedern,
- Erlassjahr.de mit einer sehr großen Zahl zum Teil sehr kleiner Mitglieder (circa 1.000),
- das Aktionsbündnis gegen Aids mit 70 Mitgliedern.

International bekannte Themenbündnisse sind zum Beispiel die Clean Clothes Campaign, Global March against Child Labour, Education for all oder das Climate Action Network. Die Finanzierung der meisten Themenbündnisse erfolgt aus Mitgliedsbeiträgen oder Zuschüssen, wobei sich in Deutschland die großen kirchlichen Hilfswerke besonders stark engagieren.

Spendenbündnisse sind Kooperationen auf nationaler Ebene. In Deutschland konkurrieren vier Spendenbündnisse miteinander – vor allem um die Nennung des Spendenkontos im Fernsehen: Die Aktion Deutschland hilft, das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe sowie das Bündnis „Entwicklung hilft“. Auch „Gemeinsam für Afrika“ agiert teilweise als Spendenbündnis.

Netzwerke gibt es auf nationaler und internationaler Ebene. Mitunter bezeichnen sich auch Themen- oder Aktionsbündnisse als Netzwerke. Sie befassen sich mit unterschiedlichen Themen und sind in der Regel durch eine lockere Kooperation und wenig formalisierte Prozesse gekennzeichnet. Ein gutes Beispiel sind die Netzwerke, die sich in Deutschland im Vorfeld des G8-Gipfels gebildet haben.

Auf internationaler Ebene sind **„families“** oder **transnationale NRO** auf dem Vormarsch. Beide Formen zeichnen sich dadurch aus, dass sich die Zusammenarbeit nicht nur auf Lobby- und Bildungsarbeit beschränkt, sondern auch die Auslandsprojektarbeit umfasst. Transnationale NRO treten unter einem Markennamen in Industrieländern und zunehmend auch als lokal ansässige NRO in Entwicklungsländern auf. Sie sind durch einen hohen Grad an Kooperation und Verbindlichkeit gekennzeichnet. Zu ihnen zählen unter anderem Save the Children, SOS-Kinderdörfer, Action Aid Alliance, Oxfam International, Care, MSF/Ärzte ohne Grenzen, World Vision und Plan International. Alle diese Organisationen haben auch Tochter-NRO in Deutschland. ▶

Auch wenn die Begriffe „transnationale NRO“ und „families“ mitunter austauschbar sind, so sind „families“ doch in der Regel durch einen geringeren Grad an vertikaler Integration und Verbindlichkeit gekennzeichnet. Sie verfügen aber über gemeinsame organisatorische Routinen und Verfahren sowie gemeinsame entwicklungspolitische Positionen. Sie existieren vor allem im kirchlichen Raum. Caritas International und Action for Churches Together sind Beispiele für kirchliche „families“ im Bereich der Humanitären Hilfe, das katholische CIDSE und die protestantische APRODEV im Bereich der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und Lobbyarbeit. Die Internationale Föderation terre des hommes ist ein Beispiel für eine säkulare „family“ ebenso wie die europäische Alliance2015 mit ihrem deutschen Mitglied Welthungerhilfe.

BÜNDNISSE ALS WETTBEWERBSFAKTOR

Für NRO, die im Wettbewerb um Spenden, Einfluss oder Aufmerksamkeit mithalten möchten, stellt sich längst nicht mehr die Frage, ob sie einem Bündnis angehören

wollen, sondern lediglich, welchem und mit welchen Zielen und wie viele Ressourcen sie bereit sind, darin zu investieren. Bündnisse sind zu einem Wettbewerbsfaktor geworden gegenüber Politik, Spendern, öffentlichen Zuwendungsgebern und Medien. Sie alle haben eine positive Meinung von Zusammenschlüssen; das Fernsehen verhandelt nicht mit Einzelorganisationen, sondern nur mit Spendenbündnissen, wenn es darum geht, im Falle von Katastrophen die Kontonummer nicht nur im Videotext, sondern an prominenter Stelle im Programm einzublenden. Bei der Kofinanzierung von In- und Auslandsprojekten durch die EU verbessern sich die Erfolgchancen von internationalen Konsortien erheblich. Das überwältigende Spendenergebnis für Bündnisse nach dem Tsunami zeigt, dass auch Spender Kooperationen honorieren. Bei politischen Lobbyaktivitäten kann zudem häufig das erforderliche Spezialistenwissen und das Wissen um die Abläufe von hoch komplexen Entscheidungsprozessen in Regierungen oder multilateralen Organisationen von einer NRO allein nicht mehr abgedeckt werden, sondern nur in Kooperationen. ▶



Übergabe unterschriebener Medikamentenschachteln an Vertreter der Pharmaindustrie durch das Aktionsbündnis gegen Aids

Zusammengefasst ist die gestiegene Anzahl von Bündnissen und Allianzen im NRO-Bereich kein Naturereignis, sondern eine Folge

- der Konkurrenz um Einnahmen, öffentliche Zuwendungen oder private Spenden und Einfluss (Politik),
- von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Spezialisierungstendenzen,
- eines kooperativen (und Zusammenarbeit einfordern- den) Staates beziehungsweise multilateraler Organisationen,
- der Aufsplitterung der NRO-Szene in viele kleine Akteure, die, auf sich allein gestellt, wenig Wirkung erzielen können.

WAS WOLLEN BÜNDNISSE?

Ziel von Bündnissen ist, etwas zu erreichen, was eine Einzelorganisation allein nicht kann oder nicht will:

- den eigenen Status zu halten oder zu verbessern (zum Beispiel bei den Einnahmen),
- Synergien zu schaffen, Ressourcen zu sparen (Arbeit, Kapital),
- Spezialisierungen abzudecken und eigene Defizite auszugleichen,
- Einflussmöglichkeiten und Partizipationsmöglichkeiten auszubauen,
- Kommunikation und Information zu verbessern,
- Autonomie zu steigern (zum Beispiel durch Diversifizierung der Geldgeber).

Erfahrungen aus der Privatwirtschaft zeigen, dass es Voraussetzungen für Erfolge von Allianzen gibt. Dazu zählen unter anderem ein gemeinsames Geschäftsverständnis, klare Ziele und Spielregeln, Offenheit und Vertrauen untereinander sowie greifbare Erfolge in absehbarer Zeit.

WAS WILL VENRO IN DIESER LANDSCHAFT?

Ein Dachverband wie VENRO ist kein Bündnis oder Netzwerk. VENRO ist ein auf formalen Strukturen gegründeter, freiwilliger Zusammenschluss von höchst unterschiedlichen, aber thematisch zusammengehörigen Organisationen. Ziel eines Dachverbands ist die Bündelung und „Regelung“ der gleich gerichteten oder ähnlichen Interes-

sen seiner Mitglieder sowie deren Vertretung gegenüber anderen – insbesondere politischen – Instanzen. Intern besteht die Aufgabe eines Dachverbandes vor allem darin, die spezifischen Interessen der Mitgliedsorganisationen möglichst gut zu harmonisieren, um ein geschlossenes Bild und damit verstärkte Wirkung in der Öffentlichkeit zu erzielen.

Dabei hat der Verband auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu achten und sich möglichst nicht dort einzumischen, wo Mitglieder inhaltlich bereits erfolgreich arbeiten und Kompetenzen erworben haben. Eine Intervention des Verbandes kann aus zweierlei Gründen notwendig werden: Erstens, wenn die Konkurrenz unter Mitgliedsorganisationen oder ihren Bündnissen dem Ziel einer Harmonisierung der Interessen zuwiderläuft. Angesichts der wachsenden Zahl von Bündnissen und Allianzen in seiner Mitgliedschaft hat der Verband zweitens aber auch ein legitimes Eigeninteresse daran, dass NRO-Bündnisse nicht zur Konkurrenz für den Dachverband werden, also nicht Themen beziehungsweise Kampagnen besetzen, die typischerweise bei einem Dachverband angesiedelt sind.

Dort wo Bündnisse im Wettbewerb untereinander stehen (Spendenbündnisse), kann VENRO beispielsweise einen Dialograhmen anbieten, der zum Ziel hat, dass die Konkurrenz unter NRO nicht ihr Bild in der Öffentlichkeit prägt. In Bezug auf Themenbündnisse und Netzwerke kann VENRO eine aktive Hilfestellung leisten. Der Verband kann durch eine Übersicht über die Bündnislandschaft eine größere Transparenz herstellen, er kann den Bündnissen und ihren Mitgliedern Instrumente an die Hand geben, damit sie herausfinden können, ob die mit der Kooperation verbundenen Ziele auch erreicht worden sind, ob den investierten Ressourcen ein Nutzen gegenübersteht oder ob die Einschränkung von Freiheiten, die mit jedem Bündnis verbunden ist, gerechtfertigt war oder nicht. Er kann sich mit der Frage befassen, warum kaum jemals ein Bündnis aufgelöst worden ist und kann anregen, Bündnisgründungen nicht nur den Policy- und Fundraising-Abteilungen zu überlassen, sondern auch auf anderen Gebieten zusammenzuarbeiten,

zum Beispiel im IT-Bereich, im Personalbereich oder im Controlling.

Die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* wird nicht nur Folgen für die Politik und das Verhalten der Regierungen haben. Auch NRO werden sich sehr viel stärker mit der Frage befassen müssen, mit wem sie eigentlich ihre eigenen Aktivitäten abstimmen und harmonisieren. Bündnisse und Allianzen sind da gewiss ein Schritt in die richtige Richtung. Ob sich beim jetzigen Stand der Dinge bereits Berge in Gold verwandeln, steht zu bezweifeln. Aber so mancher Bruder, so manche Schwester kommt beim Besteigen des Berges schon ein Stückchen höher. ■

FAZIT

■ ■ ■ In den letzten Jahren sind nationale und internationale Bündnisse mit unterschiedlichen Zielen und Verbindlichkeiten zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der NRO-Szene geworden. Die Zusammenschlüsse sind ein wichtiger Wettbewerbsfaktor gegenüber Spendern, Medien, Kofinanzierern und politischen Entscheidungsträgern und erlauben Synergien und Wirkungen, die Einzelorganisationen nicht erreichen können. VENRO steht als Dachverband außerhalb der Bündnisszene und verfolgt das Ziel, die Interessen seiner Mitglieder zu harmonisieren und geschlossen gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten. In dieser Rolle kann der Verband einen Dialograhmen anbieten, die verzweigte Bündnislandschaft transparenter machen und Analyseinstrumente zur Bewertung der Mitarbeit in NRO-Zusammenschlüssen und Vorschläge für neue Kooperationsfelder anbieten. Damit kann er einen Beitrag zu den begonnenen Debatten über Sinn und Zweck, Ziele und Erfolge von Bündnissen leisten, die mit der im Gefolge der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* aufgekommenen Diskussion zur Harmonisierung der NRO-Arbeit künftig sicher weiter an Bedeutung gewinnen werden. ■ ■ ■



ÜBER DEN AUTOR:

Uli Post ist stellvertretender VENRO-Vorsitzender und Leiter der Abteilung Information und Politik der Deutschen Welthungerhilfe.

ulrich.post@dwvh.de

weit
recht
andeln!

Spendenweltmeister in einem Entwicklungsland

**GESELLSCHAFTLICHE ROLLE UND TRANSPARENZ
VON NRO IN DEUTSCHLAND** VON BERND PASTORS UND DIRK BANGE

EIN SEKTOR IN BEWEGUNG

Der gemeinnützige „Dritte Sektor“, in dem entwicklungs- politische Nichtregierungsorganisationen tätig sind, ist in Bewegung geraten: Renommiertere Institutionen wie das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigen dem „Spendenweltmeister“ Deutschland einen Status als Entwicklungsland in Sachen Spendenstatistik und warnen, dass die Generierung zusätzlicher Spendenaufkommen ohne ein Mehr an Transparenz scheitern wird. Klammere öffentliche Haushalte und Entwicklungen auf europäischer Ebene bringen Steuervorteile für gemeinnützige Organisationen zunehmend unter Legitimationsdruck. Die Bundesregierung hat die Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts in den Koalitionsvertrag aufgenommen und erarbeitet einen Gesetzentwurf zu seiner Neuregelung. Wirtschaftsunternehmen und der Dritte Sektor lancieren Transparenzinitiativen und Transparenzpreise.

NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN – EINE BESONDERE ROLLE...

Ihre politische Unabhängigkeit verleiht entwicklungs- politischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) eine besondere Rolle. In der Öffentlichkeit und bei den Medien gelten sie als eigenständige und glaubwürdige Wächter und Anwälte, die die Belange der Armen in Entwicklungsländern unabhängig von staatlichen Interessen und Eingriffen vertreten. Anerkennung findet ihre Arbeit nicht nur durch private Geld- oder Zeitspenden. Die positive gesellschaftliche Rolle deutscher NRO spiegelt sich auch im Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen. So erfolgt die Arbeitsteilung zwischen staatlichen Trägern der Entwicklungszusammenarbeit und NRO nach dem Subsidiaritätsprinzip und in einem kritisch-konstruktiven Dialog. Darüber hinaus gewährt der Staat mildtätigen und gemeinnützigen Organisationen Sonderrechte durch Steuerbefreiungen oder -vergünstigungen. Dahinter steht die Überlegung, dass der Staat durch die Arbeit der Organisationen des Dritten Sektors von Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit entlastet wird und sich die Entrichtung von Steuern daher ganz oder teilweise erübrigt.

... DIE KEIN SELBSTLÄUFER IST

Dass ein grundsätzlich positives Verhältnis von Staat zu NRO nicht selbstverständlich ist, zeigt die unerfreuliche Entwicklung des Verhältnisses der EU zu zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit der neuerlichen Bezeichnung als „non-state actors“ – und dem damit verbundenen Verständnis der Rolle von NRO – weicht die EU die Grenzen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen auf.

Die besondere gesellschaftliche Rolle von NRO in Deutschland bedeutet zugleich eine hohe Verantwortung. Um das ihnen entgegengebrachte Vertrauen langfristig zu sichern, müssen sie ihre Aktivitäten offen und transparent kommunizieren. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass es um viel geht: 2005 flossen nach Berechnung des DZI alleine aus privaten Geldbörsen der Deutschen circa drei Milliarden Euro an Spendenorganisationen. Das war eine Steigerung von rund 600 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Auch wenn dieser Zuwachs in erster Linie durch die außergewöhnliche Hilfsbereitschaft nach der Flutkatastrophe in Südostasien hervorgerufen wurde: Die Spendenbereitschaft in Deutschland ist auch „tsunami-bereinigt“ leicht steigend – aber nicht selbstverständlich. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und knapper privater und staatlicher Haushaltskassen wachsen die Anforderungen an die Transparenz von Spendenorganisationen.

Ein Blick über den Atlantik zeigt, dass die Transparenz des Spendenmarkts in den Vereinigten Staaten schon seit fünf Jahrzehnten Thema einer intensiven öffentlichen Diskussion ist. Der jährlichen Philanthropiebericht „Giving USA“ stößt mit 50 öffentlichen, wissenschaftlichen und journalistischen Diskussionen, Gutachten und Analysen und Strategien auf eine enorme Resonanz. Offenkundig nicht zum Schaden der Non-Profit-Organisationen: In den letzten 30 Jahren hat sich das Spendenaufkommen in den USA verdoppelt.

REFORM DES GEMEINNÜTZIGKEITS- UND SPENDENRECHTS

Bei Politikern und Non-Profit-Organisationen herrscht Einigkeit über die Reformbedürftigkeit des deutschen Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts. Das Regelwerk, dessen Grundlagen aus der Zeit des Kaiserreichs stammen, ist zu kompliziert und uneinheitlich, um seiner Rolle als wichtiges Gestaltungselement bürgerschaftlichen Engagements gerecht zu werden. Seine Reformierung, die bis Mitte 2007 abgeschlossen werden soll, kann aus Sicht von NRO dazu beitragen, die Kräfte zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation zu stärken und das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements zur Entfaltung zu bringen.

Daher beteiligt sich der Dritte Sektor seit einigen Jahren konstruktiv an den Überlegungen zur Reform des Spendenrechts. So gehörte VENRO neben dem Deutschen Spendenrat, dem Bundesverband Deutscher Stiftungen und dem Deutschen Fundraising Verband zu den Gründern des „Aktionsbündnis Gemeinnützigkeitsrecht“, das im Herbst 2004 ein Zehn-Punkte-Programm zur Reform vorgelegt hat. Seit 2005 ist der Verband Teil des „Reformprojekts Gemeinnützigkeitsrecht und steuerliches Spendenrecht“. Die Initiative aus Verbänden, Experten und Hochschullehrern hat konkrete Vorschläge für praktikable Änderungen des Gemeinnützigkeits- und steuerlichen Spendenrechts erarbeitet und in den Reformprozess eingebracht. Angestrebt wird eine einfachere Anwendbarkeit des Gemeinnützigkeitsrechts für Vereine und Stiftungen sowie die Beseitigung von Unklarheiten und eine Neudefinition steuerlich begünstigter gemeinnütziger Zwecke. Der bisherige Verlauf des Reformprozesses (bis zum Herbst 2006) gibt Anlass zur Hoffnung, dass ein wesentlicher Teil der Bedürfnisse der NRO im neuen Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht berücksichtigt wird.

ZUKUNFTSAKTOR TRANSPARENTE SPENDERINFORMATION

Im Zentrum der aktuellen Diskussionen und Initiativen zur Transparenz von NRO steht die Berichterstattung über Aktivitäten, die durch Spenden getragen werden. Anders als bei der Rechenschaft über die Verwendung von

Zuschüssen aus öffentlichen Haushalten ist die Herstellung von Transparenz über den Einsatz privater Mittel bislang keine Bringschuld der NRO. In Deutschland besteht hierzu bis dato keine Rechnungslegungs- und Publizitätspflicht. In der Berichterstattung über ihre Arbeit sind einige Organisationen dazu übergegangen, ihre Jahresabschlüsse von Wirtschaftsprüfern testieren zu lassen und Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und allgemein verständliche, aussagekräftige Berichte über ihre Arbeit zu veröffentlichen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen erscheint dieser Aufwand als sinnvolle Investition. Denn die gesellschaftliche Aufmerksamkeit steigt. Die Auslobung des „Transparenzpreis“ durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers zeigt, dass die Fragen nach der Transparenz von Non-Profit-Organisationen zahlreicher und lauter werden. Die politischen Signale weisen in dieselbe Richtung: Auf lange Sicht führt kein Weg an der Festlegung von Standards für die Finanzberichterstattung von Non-Profit-Organisationen vorbei.

Bei der Entwicklung von Kriterien zur Schaffung von mehr Transparenz wird es darauf ankommen, nicht alle und alles über einen Kamm zu scheren, und an die Organisationsgröße angepasste Maßstäbe zu entwickeln. Denn kleine Initiativen und Vereine haben andere Voraussetzungen für die Erstellung von Rechenschaftsberichten als große Organisationen und Hilfswerke. Berichtsstandards und Kriterien für Preisvergaben dürfen sie nicht überfordern und der Gefahr einer schlechten Beurteilung ausliefern, die von der Öffentlichkeit und den Medien schnell als Abwertung ihrer Gesamtarbeit fehlgedeutet werden. VENRO ist in diesem Zusammenhang mit PricewaterhouseCoopers in einen Dialog über die Kriterien des „Transparenzpreis“ getreten.

In den Diskussionen um die Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts hat der Dritte Sektor darauf gedrängt, einer freiwilligen Regelung zur Selbstauskunft von Non-Profit-Organisationen Vorrang vor gesetzlichen Verordnungen zu geben. Die Dachverbände des Dritten Sektors haben dem Staat daher eine Selbstverpflichtung zu mehr Transparenz angeboten. Ziel der beim DZI ange-

FAZIT

■ ■ ■ Internationale Vergleiche, Transparenzpreise und -initiativen und die Reform des deutschen Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts haben Bewegung in den Dritten Sektor gebracht. Um ihre besondere gesellschaftliche Rolle und das ihnen entgegengebrachte Spendervertrauen auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten langfristig zu sichern, müssen NRO ihre Aktivitäten offen und transparent kommunizieren. Eine allgemein verständliche und umfassende Berichterstattung ist keine lästige Zusatzaufgabe, sondern zentrale Voraussetzung, um den steigenden Anforderungen an die Transparenz von Spendenorganisationen gerecht zu werden. In den aktuellen Diskussionen über Kriterien und Standards für die Rechnungslegung der Berichterstattung von Non-Profit-Organisationen kommt es darauf an, Bedürfnisse und Möglichkeiten unterschiedlich großer Organisationen zu berücksichtigen, um eine wesentliche Stärke der deutschen NRO-Landschaft nicht aufs Spiel zu setzen: ihre Vielfalt. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTOREN:

Bernd Pastors (links) ist Schatzmeister und Mitglied des Vorstands von VENRO und geschäftsführender Vorstand des deutschen Medikamentenhilfswerks action medeor.
bernd.pastors@medeor.org

Dirk Bange (rechts) ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitische Inlandsarbeit in der VENRO-Geschäftsstelle.
d.bange@venro.org

siedelten Initiative „GuideStar Deutschland“ ist eine freiwillige Selbstauskunft gemeinnütziger Organisationen zu Projekten, Arbeitsschwerpunkten, Einnahmen, Ausgaben und Vermögen auf der Basis von Standards für die Rechnungslegung, die aktuell diskutiert werden. Zur Kommunikation dieser Angaben soll eine gebührenfrei zugängliche Online-Datenbank zum gemeinnützigen Sektor aufgebaut werden. Diese neue, nicht-evaluative und sektorübergreifende Selbstdarstellung zur personellen und finanziellen Situation von NRO soll das renommierte Siegel des DZI ergänzen. Das Vorhaben setzt zugleich ein konstruktives Zeichen in der Lobbyarbeit des Dritten Sektors. Es signalisiert, dass die Non-Profit-Organisationen nicht nur Reformen zu ihren Gunsten fordern, sondern zugleich für mehr Eigentransparenz sorgen. Doch zuvor soll es einem Ziel dienen: das Vertrauen und Interesse der Spender zu erhalten und zu steigern. ■

Partizipative Wirkungsbeobachtung – Das Beispiel NGO-IDEAs

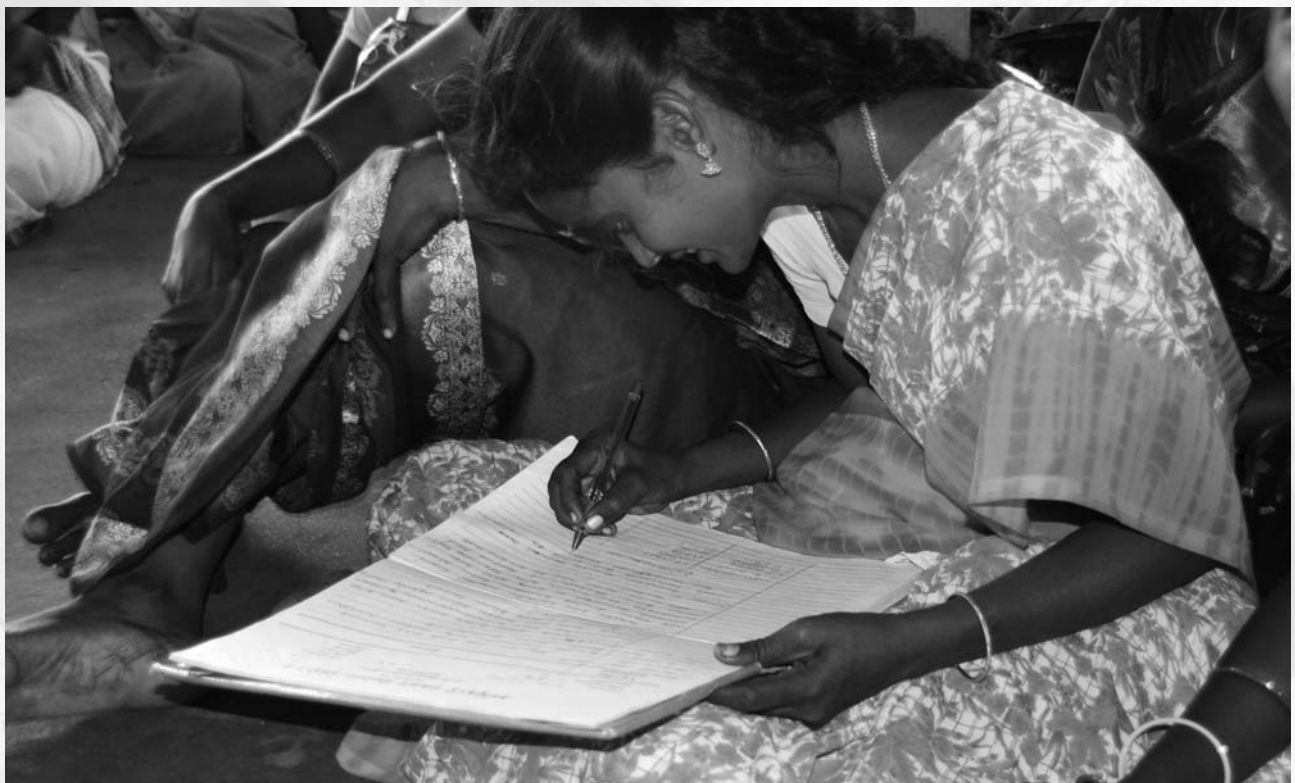
VON RALF TEPEL UND EBERHARD GOHL

DAS PROJEKT:

NGO-IDEAs (NGO Impact on Development, Empowerment and Actions) ist eine Kooperation von 14 deutschen NRO und 32 indischen Partnerorganisationen mit dem Ziel, die Wirkungen ihrer Aktivitäten im Bereich Sparen und Kredit zu erfassen und NRO-spezifische Monitoring- und Evaluierungsinstrumente zu identifizieren und zu verbessern. Projektträgerin ist die PARITÄT, die Koordination obliegt der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie; das BMZ trägt zur Finanzierung bei. VENRO ist an der Konzeption und Begleitung des Vorhabens beteiligt. Alle beteiligten deutschen NRO sind VENRO-Mitglieder.

Das Projekt entstand vor dem Hintergrund, dass es vielen NRO nicht gelingt, zuverlässige Aussagen über die Wirkungen ihrer Programme zu machen. Zudem war deutlich, dass in der entwicklungspolitischen Fachdiskus-

sion vielfach ein unklares Bild von der Professionalität gezeichnet wird, mit der NRO-Mikrofinanzprogramme durchgeführt werden. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Mohammed Yunus und die Grameen Bank hat erfreulicherweise weltweit eine breite Welle der Würdigung der immensen Wirkungen von Kleinkrediten ausgelöst. Diese Anerkennung ehrt und bestätigt auch die NRO-Arbeit im Bereich von Mikrofinanzprogrammen, denn die meisten der indischen Partner von deutschen NRO arbeiten sehr erfolgreich mit denselben oder sehr ähnlichen Prinzipien wie die Grameen Bank. Sie ersetzt aber nicht die systematische Frage nach den vielfältigen Wirkungen und den konkreten Erfahrungen derjenigen, die vor Ort diese Mikrofinanzprogramme im Sinne der Armutsbekämpfung mit Leben füllen. Die Anstrengungen, aus diesen Erfahrungen Modelle zu entwickeln, die auch vielen



Mitglied einer indischen Frauen-Selbsthilfegruppe mit Protokollbuch

anderen zugute kommen, erfahren durch die politische Ehrung der Grameen Bank eine zusätzliche Rechtfertigung.

NGO-IDEAs ist für die beteiligten NRO ein historisches Projekt, weil NRO-eigene Konzepte und Instrumente zur Wirkungsbeobachtung von Spar- und Kreditprogrammen gemeinsam von „Süd“- und „Nord“-NRO identifiziert und entwickelt werden. Zugleich ist NGO-IDEAs ein innovatives Vorhaben: Es bietet eine einzigartige Verbindung von Forschung, Wissensmanagement, Lernen, Training, Beratung und Coaching/Tutoring. Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Kommunikation über eine Internet-Plattform ein, für die ein methodisch-didaktisches Grundkonzept entworfen wurde, noch bevor die technischen Voraussetzungen und die Feinplanung der Aktivitäten definiert wurden. Im Verlauf des Projekts entstehen eine Studie über die Wirkungen von NRO-Spar- und Kreditprogrammen und ein NRO-Methoden-Handbuch zur Wirkungsbeobachtung dieser Programme. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2007 vorliegen.

DIE SPAR- UND KREDIT-PROGRAMME DER BETEILIGTEN NRO

Fast alle Spar- und Kreditprogramme der beteiligten NRO richten sich an Selbsthilfegruppen, in denen sich ausschließlich Frauen organisiert haben. Die Programme bieten den Frauen nicht nur finanzielle Dienstleistungen an – neben Sparkonten und Krediten auch Versicherungen –, sondern sie begleiten und befähigen sie, ihr Leben nachhaltig zu verändern und zu gestalten. Die Verbesserungen in der Lebenssituation der Frauen wirken sich unmittelbar auch auf die gesamte Familie aus.

Eine enorme Bandbreite von Wirkungen wurde festgestellt: Die Programme bewirken bei den Frauen zunächst **persönliche** Veränderungen, die sich nicht nur in einer verbesserten Bildung zeigen, sondern Hand in Hand mit veränderten Einstellungen und Verhaltensweisen gehen. Eine wichtige Voraussetzung für Entwicklung ist dabei vor allem das erhöhte Selbstbewusstsein der Frauen. Das Erlernen des Umgangs mit Geld ist in diesem Zusammenhang nicht eine nebensächliche Wirkung, sondern kann

für das Wohlergehen der Familie entscheidend sein.

Diese Veränderungen auf der persönlichen Ebene sind eng verknüpft mit Wandlungen im **kulturellen** Kontext: Hierzu zählen der Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen, die Aufwertung des Ansehens und der Rechte von Frauen ebenso wie von diskriminierten Kasten und ethnischen Gruppen. Daraus ergeben sich Veränderungen der **sozialen** Situation und im gesellschaftlichen Gefüge. Die Lebensbedingungen, insbesondere Bildung, Gesundheit und Ernährung, verbessern sich für die ganze Familie, insbesondere für junge Mädchen. Gewalt gegen Frauen nimmt ab, Frauen erheben öffentlich ihre Stimme, sie nehmen immer mehr an den Entscheidungen in Familie und Gemeinschaft teil – nicht zuletzt aufgrund ihrer gestiegenen wirtschaftlichen Kompetenz und Leistungsfähigkeit.

Der verbesserte Zugang zu Krediten, die Schaffung neuer Einkommensquellen und die erhöhte Managementkompetenz führen zu **wirtschaftlichen** Wirkungen wie erhöhtem Beschäftigungsniveau und Einkommen. Die benachteiligten Gruppen beginnen, Vermögen zu bilden, Frauen in der Regel auf ihren eigenen Namen. Häufig werden die Mitglieder der Selbsthilfegruppen auch **politisch** aktiv. So lässt sich beispielsweise feststellen, dass zunehmend Frauen aus den Selbsthilfegruppen für die Gemeinderäte kandidieren, gewählt und dann sehr aktiv werden. Die lokale Entwicklung wird dadurch stärker an den Bedürfnissen der Armen ausgerichtet.

DAS WIRKUNGSMONITORING

NGO-IDEAs untersucht, was die genannten Veränderungen befördert beziehungsweise behindert hat, und ermittelt so die zugrunde liegenden Wirkungszusammenhänge. Dabei erfolgt die Analyse der Wirkungen differenziert nach Geschlecht und Armutgruppen. Die Beobachtung und Beschreibung der Wirkungen können von den Selbsthilfegruppen selbst durchgeführt werden. Wichtige Grundlage ist dabei die „Vision“, die sich jede Gruppe gibt, vergleichbar mit den 16 Grundsätzen der Grameen Bank. Die Frauen können leicht verfolgen, inwieweit sich jedes einzelne Gruppenmitglied und die Gruppe insgesamt den Zielen dieser Vision annähern. Die Ergebnisse

mehrerer Selbsthilfegruppen werden auf den Ebenen von "Clustern" und von Föderationen zusammengefasst. Durch den hohen Gruppenzusammenhalt – Basis der Kreditwürdigkeit gegenüber den Darlehensgebern – bestehen auf allen Ebenen Selbstkontrollmechanismen („checks and balances“). Sie beinhalten auch die kritische Reflektion und Förderung von Lernprozessen aus der Wirkungsbeobachtung.

„Rating“ ist ein weiteres Verfahren zum Wirkungsmonitoring, das eng an bestehende Erfahrungen der Selbsthilfegruppen anknüpft. In einem ähnlichen Verfahren wie zur Bewertung ihrer wirtschaftlichen Performance durch die Banken, können die Gruppen auch ihre eigene soziale Leistungsfähigkeit ermitteln und ihre Aktivitäten entsprechend steuern. In diesem Prozess kommt dem Wirkungsmonitoring der NRO eine begleitende, subsidiäre Rolle zu. Ihre Außensicht befähigt sie zum Feedback und fördert den Dialog der Selbsthilfegruppen-Mitglieder.

Auch wenn das Monitoring der Selbsthilfegruppen und NRO nicht immer den Anforderungen der empirischen Sozialwissenschaft genügt: Es verfügt über vielfältige eigene Mechanismen zur Selbstkontrolle und Überprüfung der Gültigkeit der Ergebnisse, es verbindet *Prüfen und Lernen*. Vielleicht kann diese Form der Wirkungsbeobachtung den sozialwissenschaftlichen Ansätzen neue Impulse geben und einen kleinen Beitrag leisten – neben den bahnbrechenden Erkenntnissen der Grameen Bank. ■

FAZIT

■ ■ ■ NGO-IDEAs ist für die beteiligten NRO ein historisches Projekt, in dem „Süd“- und „Nord“-NRO gemeinsam eigene Konzepte und Instrumente zur Wirkungsbeobachtung von Spar- und Kreditprogrammen identifizieren und entwickeln. Innovativ ist auch die einzigartige Verbindung von Forschung, Wissensmanagement, Lernen, Training, Beratung und Coaching/Tutoring. NGO-IDEAs macht die professionelle und ganzheitliche Arbeit in Spar- und Kreditprogrammen indischer NRO sowie ihre vielfältigen Wirkungen auf Frauen und Familien sichtbar und verdeutlicht, dass Wirkungsmonitoring auf mehreren Ebenen partizipativ gestaltet werden kann: Die Frauen können selbst die Wirkungen ihrer Selbsthilfe-Aktivitäten feststellen. Auch wenn das Wirkungsmonitoring der Selbsthilfegruppen und der durchführenden NRO wissenschaftlichen Ansprüchen häufig nicht genügt, bestehen zweckmäßige eigene Mechanismen zur Validierung und Analyse. ■ ■ ■



ÜBER DIE AUTOREN:

Ralf Tepel (links) ist Mitglied in den Vorständen der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie und des Verbands Entwicklungspolitik (VENRO).
r.tepel@kkstiftung.de

Dr. Eberhard Gohl (rechts) ist freier Berater und deutscher Koordinator von NGO-IDEAs.
gohl@impact-plus.de

Geschlechtergerechtigkeit in der NRO-Praxis

EINE HANDREICHUNG WILL NEUE IMPULSE FÜR DIE GENDER-ARBEIT GEBEN VON KATHARINA PHILIPPS

GENDER UND FRAUENFÖRDERUNG – KOMPLEMENTÄRE STRATEGIEN...

Seit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 gilt Geschlechtergerechtigkeit als wesentlicher Bestandteil des entwicklungspolitischen Selbstverständnisses. Schon seit den siebziger Jahren hatten Nichtregierungsorganisationen (NRO) Frauen in Entwicklungsländern durch speziell auf sie ausgerichtete Projekte gefördert, die zu ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Gleichstellung beitragen sollten (*Frauenförderung*). Mit der Übernahme des Gender-Ansatzes Mitte der neunziger Jahre soll nun die Geschlechterperspektive in allen Projekten und Programmen verankert werden (*Gender Mainstreaming*). Damit hat sich ein Perspektivwechsel in der Debatte über Geschlechtergerechtigkeit vollzogen. Seither stehen Frauen und Männer im Zentrum der Aufmerksamkeit und Gender wird – zumindest in der Theorie – in alle Stufen von Projekt- und Programmabläufen integriert. Aber da Gender Mainstreaming allein nicht ausreicht, um die strukturelle Benachteiligung von Frauen abzubauen, ist auch weiterhin Frauenförderung notwendig. Beide Strategien gelten inzwischen als komplementär zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit.



Straßenbauprojekt nahe Kirundo in Burundi

... UND VIELE FRAGEN

Doch die Bilanz ist ernüchternd. Trotz Fortschritten in einigen Bereichen, wie der Einschulungsrate von Mädchen und der Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit, haben Frauen und Mädchen weltweit und besonders in den Ländern des Südens immer noch nicht die gleichen gesetzlichen, sozialen, politischen und ökonomischen Rechte wie Männer. Über 70 Prozent der absolut Armen, die von weniger als einem Dollar am Tag leben, sind Frauen und Kinder. Zwei Drittel aller Analphabeten und 55 Prozent der HIV/Aids-Infizierten im südlichen Afrika sind weiblich. Außerdem gefährden fundamentalistische Strömungen zunehmend internationale Vereinbarungen zur Beseitigung von Frauendiskriminierung, wie etwa die Aktionsplattform von Peking, an der bei der Konferenz „Peking+10“ im Jahr 2005 nur gegen erbitterten Widerstand festgehalten werden konnte.

Vor diesem Hintergrund ist die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit eine große Herausforderung. Nichtregierungsorganisationen stehen immer wieder vor der Frage, wie sie dabei effektiv vorgehen können, weil es auch in ihrer Arbeit eine Vielzahl von meist latenten Widerständen und Hemmnissen gibt. Wie lassen sich Gender Mainstreaming und Frauenförderung bestmöglich in die Praxis umsetzen, damit Geschlechtergerechtigkeit erreicht wird? Wie können sich die beiden Strategien sinnvoll ergänzen? Welche Instrumente und Verfahren gibt es, um das Ziel umzusetzen und Erfolge zu messen?

AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS – EINE NEUE HANDREICHUNG...

Einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen will die neue VENRO-Handreichung „Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“ leisten. Ziel ist es, Impulse für die Diskussion über Konzepte und Strategien zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit zu geben und damit auch den politischen Willen zu ihrer Umsetzung zu befördern. Außerdem wird anhand von praxiserprobten Instrumenten und guten Projektbeispielen gezeigt, wie Gender in Nichtregierungsorganisationen umgesetzt wird. Zahlreiche VENRO-Mitgliedsorganisationen haben ihr Know-

how und ihre Erfahrungen in die Handreichung eingebracht. So ist ein umfangreiches Praxisheft mit vielfältigen Beispielen und Tipps für Programmbeauftragte, Entscheidungsträger und andere Interessierte entstanden.

Häufig erschweren konzeptionelle Unklarheiten und ungenaue Abgrenzung zwischen den Begriffen „Frauen“ und „Gender“, „Frauenförderung“ und „Gender Mainstreaming“ die Arbeit. Daher stehen Gender-Konzepte und Programme in der Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt des ersten Teils der Handreichung. In kurzer Form werden Begriffe und Instrumente der Geschlechtergerechtigkeit erläutert und internationale politische Resolutionen und Vereinbarungen zusammengefasst. Daneben werden Gender-Ansätze aus der nichtstaatlichen und staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe erklärt. Die Handreichung ist für die Anwendung im Arbeitsalltag ausgelegt. Infoboxen und Checklisten fassen zentrale Aussagen zusammen und helfen bei der Überprüfung der Integration von Gender-Gesichtspunkten in Projekte und Programme.

Der Praxisbezug bleibt auch im zweiten Teil zentral: Zwölf Projektbeispiele verdeutlichen, wie VENRO-Mitgliedsorganisationen Gender und Frauenförderung in ihrer Arbeit umsetzen. Hier zeigt sich, dass auf der Projektebene häufig Frauenförderung eingesetzt wird, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen. So richten sich viele Projekte ausschließlich an Frauen. Einzelne Vorhaben zielen jedoch auf beide Geschlechter oder nur auf Männer ab, wie beispielsweise die Gender-Beratung auf den Philippinen oder die Gesundheitsberatung von Jungen in Südafrika. Ein abschließender Infoteil bietet weiterführende Informationen und zusätzliche Checklisten, zum Beispiel zur geschlechtergerechten Haushaltsplanung (*Gender Budgeting*), sowie ein Verzeichnis mit Veröffentlichungen von VENRO-Mitgliedsorganisationen zum Thema Gender.

... ZU EINEM AKTUELLEN ARBEITSFELD VON NRO

Geschlechtergerechtigkeit bleibt ein wichtiges Thema auf der Agenda entwicklungspolitischer NRO. Die Beteiligung vieler VENRO-Mitgliedsorganisationen am Entstehungs-



ÜBER DIE AUTORIN:

Katharina Philipps ist Volontärin in der VENRO-Geschäftsstelle und unter anderem im Schwerpunkt Gender und Frauenförderung tätig.
k.philipps@venro.org

Die Handreichung „Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“ kann bei der VENRO-Geschäftsstelle kostenlos bestellt werden und steht im Internet unter www.venro.org zum Download bereit.

prozess der Handreichung verdeutlichen, dass das Thema weiterhin einen hohen Stellenwert in der Arbeit von entwicklungspolitischen NRO besitzt. „Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit“ versteht sich als *Work-in-Progress*. Aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen soll in den kommenden Jahren weitergearbeitet werden und Ergänzungen, Revisionen und neue Praxisbeispiele in eine weitere Auflage aufgenommen werden. Zudem soll die Handreichung dazu beitragen, dass Gender Mainstreaming innerhalb des Verbands umgesetzt wird. ■

Effektivität und Erfolgskontrolle

EIN STREIFZUG DURCH DIE AKTUELLE LITERATUR ZUR ROLLE ENTWICKLUNGSPOLITISCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN VON VERENA WIESMANN

Die derzeitige Debatte zur Effektivität und Wirkungsbeobachtung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Zuge der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* prägt auch die Literatur zur Rolle der Zivilgesellschaft. Wie erfolgreich arbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen? Welche Strategien versprechen eine hohe Wirksamkeit? Wie sieht eine erfolgreiche Kampagne aus? Diese und weitere Fragen zur Effektivität von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten dominierten 2006 die Fachliteratur. Dabei erstrecken sich die Themen von der Stärke der deutschen Zivilgesellschaft im Allgemeinen über die Erfolgsbedingungen sozialer Bewegungen bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen speziell für Nichtregierungsorganisationen.

Sabine Reimer stellt die Ergebnisse der CIVICUS-Studie zum weltweiten „Zustand“ von Zivilgesellschaften mit Blick auf Deutschland vor. Das von CIVICUS (World Alliances for Citizen Partnership) koordinierte Projekt (Civil Society Index) mit Partnerorganisationen in rund 70 Ländern untersucht die Zivilgesellschaft auf Strukturen, Rahmenbedingungen, Werte und Normen und gesellschaftliche Effekte. Reimer bescheinigt der deutschen Zivilgesellschaft eine überdurchschnittliche Stärke. Während die Struktur vergleichsweise moderat bewertet wird, werden sowohl die Rahmenbedingungen, die vertretenen Werte und Normen als auch die gesellschaftlichen Effekte und die gesellschaftliche Relevanz von zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr positiv eingeschätzt. Auffallend negativ bewertet wurde jedoch die finanzielle Transparenz zivilgesellschaftlicher Organisationen, sowohl was den derzeitigen Zustand betrifft als auch die Anstrengungen zur Verbesserung dieses Status quo.

Mangelnde Transparenz von Nichtregierungsorganisationen beklagt auch Kevin Hempel in seiner Studie zur Erfolgskontrolle in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ansatzpunkt der Analyse sind jedoch nicht Finanzkennzahlen, sondern die Zugänglichkeit, Vergleichbarkeit und Glaubwürdigkeit von Evaluierungsberichten. Für nichtstaatliche Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit bestehe keine gesetzliche Bindung, der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Effektivität und Wir-

kung ihrer Arbeit abzulegen. Die untersuchten NRO veröffentlichten zwar Jahresberichte, welche jedoch keine Erfolgsbilanz umfassten. Die Öffentlichkeit könne sich so kein realistisches Bild über den Erfolg der Arbeit von NRO machen, was in seinen Augen angesichts des steigenden Wettbewerbs auf dem Spendenmarkt langfristig negative Auswirkungen für die NRO haben dürfte. Doch mangle es nicht nur an der Transparenz der Evaluierungsergebnisse, sondern bereits an der Erhebung der dafür benötigten Daten. Obwohl ein Sinneswandel von einem outputorientierten (*Was wurde gemacht?*) hin zu einem wirkungsorientierten Evaluierungssystem (*Was wurde tatsächlich erreicht?*) stattgefunden habe, befände sich die Umsetzung dieses Perspektivwechsels erst am Anfang. Positiv hervorzuheben hinsichtlich der Evaluierung von Nichtregierungsorganisationen sei jedoch die Partizipation von Partnern und Zielgruppen, welche auf der Seite der staatlichen EZ meist völlig ausbliebe. Um den genannten Mängeln zu begegnen, fordert Hempel ein Umdenken zur Etablierung einer „Lernkultur“, welche Monitoring und Evaluierung als wesentliche Beiträge zu stetigem Lernen begreifen müsse: sei es als Steuerungsinstrument während der Projektlaufzeit oder als Planungsgrundlage für neue Vorhaben nach Projektende. Dabei scheut er sich nicht vor praktischen Handlungsempfehlungen und erstellt ein Zehn-Punkte-Programm für mehr Transparenz im Evaluierungsgebaren der deutschen EZ.

Konkrete Handlungsanleitungen liefert auch das Werk von Michael Buchner, Fabian Friedrich und Dino Kunkel. Die Autoren geben dem Leser ein Bausteinsystem für eine erfolgreiche „Zielkampagne“ an die Hand. Anschaulich, mit vielen Beispielen gespickt, erklären sie Schritt für Schritt den Weg zu einer erfolgreichen Kampagne. Das „A und O“ sei dabei ein klar definiertes Ziel, was die Richtung und Entwicklung der gesamten Kampagne bestimme, daher auch der eigens kreierte Begriff „Zielkampagne“. Die Autoren identifizierten hierfür Erfolgsfaktoren verschiedenster Kampagnen und bereicherten diese um eigene Erfahrungen. Herausgekommen ist ein leicht verständliches und dennoch nicht triviales Buch, das dem Leser aufgrund der humorvollen Schreibweise an so mancher Stelle

ein Schmunzeln entlockt.

Weniger humorvoll, dafür aber mit einem höheren wissenschaftlichen Anspruch, geht das **Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen** in seiner Märzausgabe der Frage der Erfolgsbedingungen für soziale Bewegungen nach. Anhand verschiedener Beispiele aus den Bereichen der Frauenbewegung, des Umweltprotestes oder der Globalisierungskritik identifizieren die Autoren Strategien und Konzepte, die einen Erfolg einer sozialen Bewegung wahrscheinlicher machen. Für den Bereich der Umweltproteste spricht **Jochen Roose** in seinem Beitrag von zwei wesentlichen Kriterien, die eine erfolgreiche Beeinflussung der Bundespolitik erlauben. Zum einen seien es nicht einmalige Großereignisse, die politische Aufmerksamkeit erlangen, sondern Protestwellen, die an vielen Orten Menschen mobilisieren. Zum anderen versprechen vor allem moderate Proteste mit Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet Erfolg. In ihrem Beitrag zu globalisierungskritischen Bewegungen erklärt **Michelle Beyeler** eine soziale Bewegung dann für erfolgreich, wenn sie sich als relevanter und ernstzunehmender Akteur darzustellen vermag. Dies gelinge dann besonders gut, wenn sich radikale und gemäßigte Organisationen als Mitstreiter für dieselbe Sache darstellten. Die Kampagnen seien dann besonders stark, wenn es gelingt, sich als großer, geeinter Akteur zu präsentieren.

Günter Metzges weist mittels eines zeit- und arenenübergreifenden Vergleichs der Verhandlungen zur OECD Anti-Bribery Convention und zum Multilateral Agreement on Investment (MAI) nach, dass oppositionelle NRO-Kampagnen zum Scheitern internationaler Verhandlungsprozesse beitragen können. Ein Einfluss auf das Zustandekommen internationaler Regulationen konnte er hingegen nicht nachweisen. Oppositionelle NRO-Kampagnen haben nach den Ergebnissen seiner Studie folglich einen größeren Einfluss auf internationale Verhandlungen als kooperative Konzepte.

Doch gerade der Zwang, dauerhaft kampagnenfähig zu sein, Themen zu setzen und sie so zu platzieren, dass Druck auf die Entscheidungsträger der (inter)nationalen Ebene erzeugt wird, führt nach Meinung von **Christiane**

Frantz und Kerstin Martens zu einer zunehmenden Professionalisierung von NRO. Diese berge die Gefahr, die Rückbindung an die Basis und somit die Legitimation innerhalb der Zivilgesellschaft zu verlieren. Gerade auf dem internationalen Parkett stünden NRO in erster Linie nicht mehr protestierend vor den Toren der internationalen Konferenzen, sondern säßen vermehrt als Berater mit am Verhandlungstisch. In ihrem Lehrbuch, welches das Thema „NRO“ in komprimierter Form greifbar machen soll, beleuchten Frantz und Martens besonders die Rolle von NRO im Kontext der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Das Schlusskapitel widmen sie der Frage nach der Legitimation von Nichtregierungsorganisationen, die ihrer Ansicht nach entlang der Frage beantwortet werden muss, ob durch die Beteiligung von NRO eine differenzierte Interessensvermittlung gelingen konnte und Probleme angemessen gelöst worden sind.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis: Um eine differenzierte Interessensvermittlung zu ermöglichen und Probleme angemessen zu lösen, müssen NRO effektiv handeln. Um effektiv und erfolgreich arbeiten zu können, muss auf Erfahrungen, Erfolgsstrategien und *best practices* zurückgegriffen werden können. Und um diesen Rückgriff gewährleisten und die Wirkung der geplanten Maßnahme feststellen zu können, müssen Monitoring, Evaluation und Wirkungsbeobachtung in einer „Lernkultur“ fest verankert sein. ►

Literatur:

- Beyeler, Michelle: Erfolge der Globalisierungskritik? Eine Analyse anhand der Kampagnen gegen WEF und WTO. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 1, S. 50-63.
- Buchner, Michael; Friedrich, Fabian & Dino Kunkel (Hg.): Zielkampagnen für NGO. Strategische Kommunikation und Kampagnenmanagement im Dritten Sektor. Münster: Lit, 2006
- Forschungsjournal Neue soziale Bewegung: Immer in Bewegung – nie am Ziel. Was bewirken soziale Bewegungen? 1(2006).
- Frantz, Christiane & Kerstin Martens: Nichtregierungsorganisationen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006
- Hempel, Kevin: Erfolgskontrolle in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Zentrale Herausforderungen unter besonderer Berücksichtigung der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Stuttgart: ibidem, 2006
- Metzges, Günter: NGO-Kampagnen und ihr Einfluss auf internationale Verhandlungen. Das Multilateral Agreement on Investment (MAI) und die 1997 OECD Anti-Bribery Convention im Vergleich. Baden Baden: Nomos, 2006
- Reimer, Sabine: Die Stärke der Zivilgesellschaft in Deutschland: eine Analyse im Rahmen des CIVICUS Civil Society Index Projektes. Berlin: Maecenata, 2006
- Roose, Jochen: 30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 1(2006), S. 38-49. ■

**ÜBER DIE AUTORIN:**

Verena Wiesmann ist Projektkoordinatorin für NRO-Vernetzung in der VENRO-Geschäftsstelle. v.wiesmann@venro.org

Aktuelle VENRO-Publikationen zum Thema „Zivilgesellschaft & Entwicklung“

Afrikas Perspektive – Europas Politik

Entwicklungspolitisches Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 von afrikanischen und deutschen Organisationen der Zivilgesellschaft, Dezember 2006

Gewusst wie – Gender in der Entwicklungszusammenarbeit.

Praxisorientierte Handreichung zur Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Dezember 2006

Sport entwickelt. Dokumentation der Fachtagung am 4. Mai 2006 in Bonn

Bonner Impulse 2006: „Die Europäische Union und Afrika: Neue Strategie – neue Politik?“ Dokumentation der internationalen Fachtagung am 30. Mai 2006 in Bonn

Die Millenniumsziele in Reichweite? Eine Bewertung des entwicklungspolitischen Entscheidungsjahrs 2005. Publikationsreihe „2015 im Gespräch“ zum VENRO-Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“, Nr. 9, März 2006

Selbst bestimmt oder Auftragnehmer? – Die Rolle der Nord-NRO in der Europäischen Entwicklungspolitik. Dokumentation zum Workshop am 16. November 2005. VENRO-Arbeitspapier Nr. 16, Februar 2006

Linking relief, rehabilitation and development. Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit. VENRO-Arbeitspapier Nr. 17, Februar 2006

Bonner Impulse: Rückschau 2005, Februar 2006

Diese Veröffentlichungen können Sie kostenlos in der VENRO-Geschäftsstelle bestellen.

VENRO-MITGLIEDER (STAND: DEZEMBER 2006)

action medeor – Deutsches Medikamenten Hilfswerk • ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe • Ärzte der Welt • Ärzte für die Dritte Welt • Ärzte ohne Grenzen * • AeJ – Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend • AGEH – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe • agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke • Akademie Klausenhof • Aktion Canchanabury • Antheri-Hilfe Bonn • Arbeiter Samariter Bund Deutschland • AWO International • AT-Verband * • BDKJ – Bund der Deutschen Katholischen Jugend • Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit* • BEI – Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen • Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung • Brot für die Welt • CARE International Deutschland • Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala • CCF Kinderhilfswerk • Christliche Initiative Romero • Christoffel-Blindenmission • DEAB – Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg • DESWOS – Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen • Deutsche Kommission Justitia et Pax • Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe • Deutsche Stiftung Weltbevölkerung • Deutsche Welthungerhilfe • Deutscher Caritasverband – Caritas International • Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband AK „Parität International“ • Deutsches Blindenhilfswerk • Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge • Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat * • DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz • Die Lichtbrücke • Dritte Welt JournalistInnen Netz • EED – Evangelischer Entwicklungsdienst • Eine Welt Netz NRW • Eine Welt Netzwerk Hamburg • EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst • Evangelische Akademien in Deutschland • FIAN Deutschland • Gemeinschaft Sant Egidio • Germanwatch Nord-Süd-Initiative • GSE – Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit • Handicap International • Hildesheimer Blindenmission e.V. • Hilfswerk der deutschen Lions • ILD – Internationaler Landvolkdienst der KLB • Indienhilfe Herrsching • INKOTA – Ökumenisches Netzwerk • Internationaler Hilfsfonds • Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer • Johanniter-Unfall-Hilfe – Johanniter International • Jugend Dritte Welt • Kairos Europa – Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit • Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie • KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung – Berlin • Kindernothilfe • Lateinamerika-Zentrum • Malteser International • Marie-Schlei-Verein • materra – Stiftung Frau und Gesundheit • Medica mondiale • medico international • Misereor Bischöfliches Hilfswerk • Missionszentrale der Franziskaner • Nationaler Geistiger Rat der Bahà'i in Deutschland • NETZ – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit • ÖEIW – Ökumenische Initiative Eine Welt • OIKOS Eine Welt • ORT Deutschland • Oxfam Deutschland • Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt • Plan international Deutschland • Rhein-Donau-Stiftung • Rotary Deutschland Gemeindienst * • Senegalhilfe-Verein • SES – Senior Experten Service • SID – Society for International Development • SODI – Solidaritätsdienst International • Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes Stiftung Entwicklung und Frieden • Stiftung Nord-Süd-Brücken • Susila Dharma – Soziale Dienste • Terra Tech – Förderprojekte Dritte Welt • terre des hommes Bundesrepublik Deutschland • Tierärzte ohne Grenzen • TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ • VEN – Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen • VENROB – Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs • Weltfriedensdienst • Welthaus Bielefeld • Weltladen-Dachverband. • Weltnotwerk der KAB Westdeutschlands • Werkhof Darmstadt • Werkstatt Ökonomie • World Vision Deutschland • W. P. Schmitz Stiftung • WUS – World University Service – Deutsches Komitee • Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand e.V.

*) Gastmitglied

